

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 43.

Sonnabend, den 24. Oktober 1908.

12. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Bedauerlicher Rückgang. — Der Arbeitslohn und seine gesetzliche Regelung. — Wirtschaftliche Rundschau. — Organisierte Kampfe. — Berufsstatistik der Zahlstelle Leipzig. — Korrespondenzen. — Eine internationale Statistik der Aktiengesellschaften. — Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts auf abschüssiger Bahn. — Rundschau. — Allgemeines. — Quittung. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Zur Eröffnung des Reichstages. — Aus dem Bericht der sächsischen Gewerbeinspektion. — Aus dem Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten für Elsaß-Lothringen. — Hamburg I. — Korrespondenzen. — Literarisches. — Feuilleton: Die Besitzer Kungenheilstätten der Landesversicherungsanstalt Berlin. — Gedicht: In Reih und Glied.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperet sind: Viefefeld: Firma Kronenberger. — Mühlhausen (Elsaß): Blas Klerff. — Saaren i. Westf.: Firma Köpper. — Lauban i. Schlef.: Firma Donath. — Goldbach i. Schlef.: Firma Kolkmeier. — Horka i. Sachsen: Firma Karl Sparmann u. Co. — Halle a. S.: Die Firmen Zimmermann und Wendenburg. — Görlitz: Firma Scholz. — Schwerin (Mecklb.): Neubau Preßl. — Oldenburg: Blas Gottschalk.

Hof (Bayern). Die Kollegen der Firma Deubner traten am 1. Oktober in den Streik. Es kommen Marmorarbeiter in Frage.

Hannover I. Die Berliner Firma Wimmel u. Co. will am Rathausbau hiesige Steinwerke entlassen und sucht vermutlich auswärtige Kräfte heranzuziehen.

Hamburg. Die Firma Menjing, Hannover, sucht für das Deister Gebiet Streikbrecher. Gegeninserate sind von hier aus anzugehen.

Bremen (Marmorarbeiter.) Nachdem die Arbeitgeber jede Verhandlung mit unserem Vorstände ablehnten, ist der Zug streng fernzuhalten.

Bredendek und Samelssprunge a. Deister. Da die Firma Chr. Menjing jede Unterhandlung über Einführung eines Tarifes ablehnte, haben die Kollegen in beiden Blüben die Arbeit niedergelegt und sind zum größten Teil abgereist.

Münster (Baden). Sämtliche Steinbauer, Brecher und Tagelöhner der Firma Lachenau stellten die Arbeit ein infolge Lohnreduzierung von 10 bis 12 Prozent.

Gefrees. Die Firma Haberstumpf hat, angeblich aus Arbeitsmangel, unseren Vorstandsmitgliedern gekündigt.

Bad Nibling. Die Direktion der Marmorwerke rief das Gewerbeamt Nibling als Einigungsamt an. Am 17. Oktober tagte vor demselben eine Untertagung unter Vorsitz des Bezirksamtsassessors Freiherrn v. S. Illysch. Nach vierstündiger Unterhandlung und einigen Zugeständnissen kam eine Einigung zustande, ohne daß ein Schiedspruch gefällt werden mußte. Die Sperre ist somit aufgehoben.

Blauberg. Der Streik wurde bedingungslos abgebrochen. In Wetten steht das Werk der Bayerischen Granitaktiengesellschaft völlig still. (Eingehender Bericht folgt in nächster Nummer.)

Bedauerlicher Rückgang.

In jeder Gewerkschaftsorganisation wird Wert darauf gelegt, allvierteljährlich festzustellen, ob die Mitgliederzahl eine Zunahme erfahren hat oder nicht. Für unseren Verband liegt das Resultat der Mitgliederzählung über das 2. Quartal 1908 nun endgültig vor. Das Resultat kann uns nun nicht freudig stimmen, denn es ergibt sich, daß wir seit Jahresfrist einen erheblichen Mitgliederverlust zu verzeichnen haben. Das muß uns zum besonderen Nachdenken Veranlassung geben; denn es kann ja der Fall eintreten, daß die Mitgliederverluste auch 1909 noch anhalten. Um einen besseren Vergleich zu ermöglichen, geben wir auch die Mitgliederzahlen des 1. und 2. Quartals 1907 und des 1. Quartals 1908 bekannt. Lassen wir zunächst die genauen Zahlen selber sprechen, indem wir gautweise den Mitgliederbestand veröffentlichen:

Gau	Erstes Quartal		Zu (+) und Abnahme (-)	Zweites Quartal		Zu (+) und Abnahme (-)
	1908	1907		1908	1907	
1. Berlin	950	1134	- 184	939	1106	- 167
2. Striegau	2871	2827	+ 44	2860	3000	- 140
3. Dresden	3379	3217	+ 162	3266	3573	- 307
4. Leipzig	1182	1194	- 12	1241	1220	+ 21
5. Erfurt	364	364	-	443	401	+ 42
6. Hannover	2193	1951	+ 242	2134	2281	- 97
7. Köln	985	1035	- 100	998	1224	- 226
8. Mannheim	1441	2140	- 699	1373	2278	- 905
9. Straßburg	1524	1241	+ 283	1504	1698	- 194
München*	-	468	-	-	529	-
10. Regensburg	2595	1412	+ 551	2395	1346	+ 282
11. Würzburg	901	1065	- 164	974	1212	- 238
Einzelzähler	155	120	+ 35	195	172	+ 23
Summa	18 490	18 048	+ 442	18 332	19 818	- 1486

* Der Münchner Gau wurde dem Regensburger angegliedert.

Innerhalb Jahresfrist haben wir also 1486 Mitglieder verloren; für unsern Verband ein ganz gewaltiger Rückschlag, der nicht so schnell wettgemacht werden kann. Erschreckend hoch sind die Minuszahlen der Gaue Dresden, Köln und Mannheim.

Als Ursache unseres Mitgliederverlustes wird von vielen Kollegen nur die Krise angegeben. Wir können dem nicht völlig beipflichten. Allgemein wird das zutreffend sein, was das Korrespondenzblatt in Nr. 36 schrieb:

Das Jahr 1907 war kein günstiges Wirtschaftsjahr für die deutschen Gewerkschaften. Zeigte schon die erste Jahreshälfte eine gewisse Stagnation, die den Umschwung der Wirtschaftslage voraus erkennen ließ, so offenbart die zweite Jahreshälfte alle untrüglichen Zeichen des Niedergangs.

Wir verkennen nicht, daß in einigen Gebieten die Sandsteinindustrie sehr daniederliegt; anders stand es aber bisher mit der Porzellanindustrie. Der schleppende Geschäftsgang in der Sandsteinindustrie wird durch die mäßige Bautätigkeit in den größeren Städten sehr grell beleuchtet, so daß wir mit einigen Bemerkungen auf die Baukrise eingehen müssen.

In Berlin wurden im August nur 266 Baugenehmigungen erteilt gegen 292 Genehmigungen im August 1907. In den Vormonaten bestand ebenfalls eine Differenz zumunsten des laufenden Jahres. In Düsseldorf wurden für Neubauten im August nur 36 Bauerlaubnisse nachgesucht gegen 47 im August 1907, für Umbauten nur 95 gegen 119. Etwas größer als im Vorjahre war die Zahl der Baugenehmigungen in Dresden; für Wohnungsneubauten wurde ziemlich die gleiche Anzahl erteilt, dagegen für Schuppen- usw. Bauten erheblich mehr. Auch die Zahl der Umbauten hat in Dresden zugenommen. Diese Zunahme der Bautätigkeit in Dresden darf aber nicht zu dem Schluß verleiten, als ob das Baugeschäft sich schon belebte; nur die außergewöhnliche Stagnation im Vorjahre zeitigte eine kleine Reaktion in diesem Jahre. Im ganzen ist die Bautätigkeit auch in Dresden noch sehr matt. Während zum Beispiel für Neubauten in Dresden im zweiten Quartal 1905 322 Genehmigungen erteilt wurden, waren es in der nämlichen Zeit dieses Jahres nur 214. Was für diese wenigen Großstädte durch Zahlen dargestellt wurde, gilt mehr oder weniger auch für die Mehrzahl der großen Städte. Ueberall besteht daher ein bedenklicher Ueberschuß an Bauarbeitern; während sonst im August schon nahezu das ganze Angebot untergebracht ist und im guten Jahre im September starke Nachfrage bestand, überstie im diesjährigen August das Angebot die Nachfrage durchschnittlich noch um 60 Prozent. Dieser Durchschnitt wird in Berlin nur wenig überschritten; in Hamburg und Bremen kamen aber auf 100 offene Stellen für Bauarbeiter 300 bzw. 600 Arbeiterkandidaten! In Bremen verschlechtert sich die Bautätigkeit fast von Woche zu Woche, ebenso in Hamburg. In den vom Baugewerbe abhängigen Gewerben macht sich eine seit langem nicht gekannte Absatzstodung bemerkbar. In den brandenburgischen Städten hat sich das Gepräge der Bautätigkeit ebenfalls eher verschlechtert als verbessert; die Hoffnungen auf eine Herbstbelebung sind fast aufgegeben. Am schwersten von allen Gegenden Deutschlands leidet noch immer der westdeutsche Industriebezirk. Auch nicht eine größere Stadt machte eine Ausnahme von dem ungünstigen Gepräge und landwirtschaftliche Gegenden gibt es hier zu wenig, als daß lebhaftere ländliche Bautätigkeit den ungünstigen Gesamteindruck verwischen könnte. Vornehmlich stoßt in Dortmund und die Baulust fast gänzlich; in der Privatbautätigkeit ist die Lage nach Dortmundern Berichten trostloser als je; wenn nicht einige öffentliche Bauten ausgeführt würden, wie zwei Volksschulen, eine Handwerker- und eine Kunstgewerbeschule, ein städtisches Straßenbahndepot, und größere Erweiterungsbauten in Angriff genommen würden, so würde das Baugeschäft völlig stoden. In Bochum und B. In ist die Lage nicht viel anders. Nur der Fiskus und die Kommunen erteilen etwas mehr Bauaufträge!

In den Porzellanbrüchen, insbesondere in den Schottterwerken war aber bis dato der Geschäftsgang immer noch befriedigend. Allerdings die immensen Aufträge wie 1905 und 1906 lagen im Vorjahre nicht vor. Aber hier kommt in Betracht, daß wir mit der Organisierung der Hilfsarbeiter gar so wenig Erfolge aufweisen können. Es scheint fast so, als wenn in unsern Verband nur Steinmehrer, Brecher und Schleifer aufzunehmen wären. Wir haben großen Wert darauf zu legen, daß die Arbeiter, Bohrer, Steinschläger und Tagelöhner für unsern Verband gewonnen werden müssen. Schon mancher Streik ging verloren, weil man den ungelerten Arbeitern zuvor nicht die nötige Beachtung geschenkt hat. An Beweisen hierzu würde es uns nicht fehlen.

Unsre Mitgliedsziffern in den Granitquarsteinen sind mit einigen Ausnahmen stabil geblieben. Aber gerade deshalb, weil in dieser Branche die Krise sich nicht so fühlbar machte, hätten wir einen Mitgliederzuwachs erwartet.

Würden jetzt keine besoldeten Gauleiter tätig sein, wir könnten uns sicherlich vor lauter Protestschreiben aus Kollegenkreisen nicht mehr retten, indem man alles der Verbandsleitung aufbürden und ihr Kurzsichtigkeit attestieren würde. Wir gestatten uns allerdings zu bemerken, daß trotzdem die Verbandsleitung in diesem Frühjahr eine intensivere Agitation hätte unternehmen lassen müssen. Die Gauleiter und die übrigen agitatorisch fähigen Kollegen mußten bei dieser Aktion aufkommen. An aktuellem Stoff, um die Versammlungen interessant zu gestalten, hätte es sicher nicht gefehlt. Ein vachend geschriebenes Flugblatt hätte vor der Inzenerierung der Agitationstour allerdings verteilt werden müssen. Man soll nicht mit dem Einwurf kommen: Wir brauchen unsere Werksaktionen nicht den Verbänden der Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter usw. nachzumachen. Im nächsten Frühjahr wird man auch bei uns eine solche alles auftrüttelnde Agitation nicht umgehen können. Wäre im Frühjahr 1908 eine solche Aktion unternommen worden, mit so horrenden Minusziffern hätten wir jetzt sicherlich nicht zu rechnen. Den Agitatoren wären eine Menge Einzelercheinungen aufgefallen, die uns sicher Veranlassung gegeben hätten, weitere Vorbeugungsmaßnahmen in Erwägung zu ziehen.

Das Zusammenlegen nahe beieinander liegender Zahlstellen nimmt bei uns nicht den gewünschten Fortgang. Im Gegenteil, es erfolgt sogar noch eine größere Dezentralisation. Von der Zahlstelle Passerode im Harz haben sich zwei Orte abgesplittert, um selbstständig werden zu können. In einigen andern Gebieten ist dieselbe Erscheinung zu verzeichnen. Die übrigen Organisationen sind ständig bemüht, große Verwaltungsgebiete zu schaffen. Theoretisch verfechten auch wir denselben Gedanken, aber mit der praktischen Durchführung sieht es noch recht bescheiden aus. Erfreulicherweise hat man wenigstens die Verschmelzungsfrage im Elbsandsteingebiet endlich einmal praktisch gelöst. Das Bestreben der Verschmelzung resultiert einmal aus der Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse und dann aus dem Verhalten der Unternehmer. Die Unternehmer haben eine größere Koalition bereits durchgeführt. Die Produktionsverhältnisse in der Steinindustrie haben sich so verändert, daß die Werkstücke gleich am Orte der Steingewinnung im Bruch hergestellt werden. Es ist dies nichts anderes als eine Form der Produktion, die dazu dienen soll, den Unternehmern größere Gewinne zu erzielen und eine größere Ausbeutung der Arbeiter zu ermöglichen. Aus diesem Grunde ist auch der festere Zusammenschluß der Zahlstellen des größeren Steinbruchsbezirks von eminenter Bedeutung. Wir sind der Meinung, daß die Fusion der Zahlstellen im Elbsandsteingebiet schon längst erfolgen mußte. Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in Dresden haben weit über 100 Ortschaften zu ihrem Verwaltungsgebiet geschlagen; für die Organisationen ein eminenter Vorteil. Die Verschmelzung mehrerer Zahlstellen kann man nicht im Handumdrehen erzielen, aber das kann verlangt werden, daß für den Fusionsgedanken in den Versammlungen und auf den Gaufestungen eine umfassende Propaganda getrieben wird. Wir lassen uns bei vielen Maßnahmen sehr oft überanstrengen, anstatt für das als richtig Erkannte selbst eifrig zu plädieren.

Daß die vielen kleinen Zahlstellen die Gauleitungen sehr belasten, dürfte ohne weiteres klar sein. Gewöhnlich ist es so, daß Zahlstellen mit kleinen Mitgliederzahlen den Gauleiter am allermeisten beanspruchen. Eine Erklärung finden wir darin, daß in diesen Orten die Erfahrung der führenden Kollegen in Gewerkschaftsangelegenheiten mitunter viel zu wünschen übrig läßt. Darin liegt ja auch mit der Schwerpunkt in der Agitation, daß den kleinsten Zahlstellen genau so viel Zeit und Mühe gewidmet werden muß, wie den größeren. Andre Verbände haben die Zusammenlegung mehrerer Zahlstellen in ein Verwaltungsgebiet schon ziemlich durchgeführt, wie aus nachstehender Aufstellung zur Genüge hervorgeht:

Organisation der	Zahl der Mitglieder 1907	Zahl der Zweigvereine
Mäcker und Kondoren	16 264	104
aufhänger	71 208	399
Brauereiarbeiter	31 612	245
Buchbinder	21 200	108
Fabrikarbeiter	134 233	510
Gemeindearbeiter	24 997	90
Malter	38 950	204
Metallarbeiter	35 386	438
Samiehe	18 797	165
Schneider	38 159	239
Tertiarbeiter	121 265	336
Transportarbeiter	87 529	235
Steinarbeiter	18 332	337

Wer vorstehende Tabelle aufmerksam studiert, wird sofort finden, daß in organisatorischer Beziehung, was die große Zahl der Zahlstellen anbetrifft, unser Verband am ungünstigsten gestellt ist. Und das kann nur anders werden, wenn wir in der ange deuteten Richtung tätig sind.

Der Arbeitslohn und seine gesetzliche Regelung.

Nach § 611 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird derjenige, der Dienste zuzufügt, zur Leistung der versprochenen Dienste, der andere Teil zur Gewährung der vereinbarten Vergütung verpflichtet. Damit ist aber nicht gesagt, daß der Arbeiter nur dann Lohn für die von ihm geleistete Arbeit fordern kann, wenn eine Vergütung, also Arbeitslohn, ausdrücklich „vereinbart“ war, sondern eine Vergütung gilt, wie das Bürgerliche Gesetzbuch weiter sagt, auch als stillschweigend vereinbart, wenn die Dienstleistung den Umständen nach nur gegen eine Vergütung zu erwarten ist. Das letztere trifft ohne weiteres auf die vom Arbeiter verrichtete Dienstleistung zu, denn niemand wird erwarten können, daß ein Arbeiter ohne jede Entschädigung Arbeit für einen Unternehmer verrichtet. Es taucht jedoch die Frage auf, wie hoch mangels vorheriger Vereinbarung die Vergütung

zu bemessen ist. Und hier bestimmt das Gesetz, daß bei dem Bestehen einer Tage die tagmäßige Vergütung, in Ermangelung einer Tage die übliche Vergütung als vereinbart anzusehen ist. Hat z. B. ein Arbeiter die Arbeit begonnen, ohne zuvor mit dem Unternehmer eine Vereinbarung über die Höhe des Lohnes herbeigeführt zu haben, so würde im Streitfall dort wo ein Tarif besteht, der im Tarif vorgesehene Lohnsatz als „übliche Vergütung“ in Betracht kommen. Besteht aber ein Tarif nicht, so kann der Arbeiter einen der Arbeitsleistung angemessenen Lohn fordern. Der Arbeiter braucht also nicht mit jedem Lohn, den der Unternehmer nach eigenem Gutdünken zahlen will, einverstanden zu sein. Ist der Lohn einmal festgesetzt, so kann der Unternehmer bei einer späteren Lohnzahlung mit rückwirkender Kraft für die abgelaufene Lohnperiode nicht einseitig zurücktreten. Es folgt schon aus der Natur des Arbeitsvertrags, so heißt es in einer Entscheidung des Amtsgerichts Neuß vom 24. Mai 1901, daß der dem für die Dauer gedungenen Arbeiter zustehende Lohn insoweit ein festbestimmter sein muß, als sich dessen Höhe je nach der Vereinbarung aus der Dauer der Arbeitszeit (Tagelohn) oder aus dem Umfang der fertiggestellten Arbeit (Stück- oder Akkordlohn) rechnerisch genau feststellen lassen muß, und daß es nicht von der Willkür des Arbeitgebers abhängen darf, welchen Lohn er für die bereits abgelaufene Lohnperiode dem Arbeiter zahlen will.

Der Lohn ist dem Arbeiter in Reichsmark zu berechnen und in bar auszuzahlen. In Gast- und Schankwirtschaften oder Verkaufsstellen dürfen Lohn- und Abschlagszahlungen nur mit Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde erfolgen. Arbeiter, die ihren Lohn nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise ausgezahlt erhalten haben, können, da Arbeitslohnforderungen erst in zwei Jahren verjährten, innerhalb dieser Frist jederzeit ihren rechtmäßigen Lohn fordern. Auch können durch Vereinbarungen zwischen Unternehmer und Arbeiter die gesetzlichen Bestimmungen über die Art der Lohnzahlung nicht ausgeklammert werden. Derartige Vereinbarungen wären von vornherein ungültig und deshalb für die Arbeiter in keiner Weise bindend.

Die Auszahlung des Arbeitslohnes in einer dem Gesetz widersprechenden Form berechtigt übrigens den Arbeiter auch zur kündigungsfreien Aufgabe der Arbeit, denn vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können nach § 124 der Gewerbeordnung Gesellen und Gehilfen die Arbeit verlassen, „wenn der Arbeitgeber den Arbeitern den geschuldeten Lohn nicht in der bedungenen Weise auszahlt“. Landmann meint in seinem Kommentar zur Gewerbeordnung, daß diese Fassung des Gesetzes nicht bloß Lohnabzüge, sondern auch Säumnis in der Lohnzahlung, gesetzwidrige Zahlung usw. umfaßt, und Schider sagt daselbe mit andern Worten. Auch letzterer führt in seinem Kommentar zur Gewerbeordnung aus, daß die Zumutung von unzulässigen Anrechnungen auf den vereinbarten Lohn sowie jede ungebührliche Verzögerung der Zahlung des Lohnes zum Austritt berechtigt. Ebenso wenn der Arbeitgeber einem Arbeiter, dessen Lohn vereinbarungsgemäß in den von den Kunden einzunehmenden Trinkgeldern besteht, die Gelegenheit zur Erlangung der Trinkgelder entzieht.

Die hier erwähnte Bestimmung der Gewerbeordnung wird durch § 828 des Bürgerlichen Gesetzbuchs noch dahin verschärft, daß derjenige, der die Kündigung des Dienstvertrags durch den andern Teil durch „vertragswidriges“ Verhalten veranlaßt hat, zum Ersatz des durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens verpflichtet ist. Ein Arbeiter, der aus dem erwähnten Grunde das Arbeitsverhältnis plötzlich gelöst hat, kann also, wie in einer Entscheidung des Gewerbegerichts Augsburg (18. Juli 1906) ausgesprochen wird, „abgesehen vom fälligen Lohn, noch Schadenersatz wegen der von ihm selbst bewirkten sofortigen Kündigung von dem dieselbe veranlassenden Arbeitgeber verlangen, und sind keineswegs diese Rechte des Arbeiters durch seinen kündigungsfreien Austritt verloren gegangen.“ Der Schadenersatz würde sich z. B. erstrecken auf den den Arbeiter verloren gegangenen Lohn auf die Dauer der gesetzlichen oder vereinbarten Kündigungsfrist, vorausgesetzt natürlich, daß solche überhaupt bestanden hat. Ferner kann sich der Schadenersatzanspruch erstrecken auf die Vergütung für Kost und Logis, Trinkgelder oder sonstige verabreichte Nebeneinkünfte.

Trinkgelder bilden in der Regel einen Teil des Lohnes. Dieser Grundsatz ist im gewerblichen Recht wie auch in der Arbeiterversicherung wiederholt zum Ausdruck gekommen. So hat das Reichsversicherungsamt Trinkgelder der Straßenbahnführer als einen Teil des Lohnes angesehen, wenn sie gewohnheitsmäßig gewährt werden und ganz oder teilweise an die Stelle des Lohnes treten, oder wenn bei Bemessung des Lohnes ein ausschlaggebender Wert auf die Trinkgelder gelegt worden ist. In einer Krankenversicherungstreitsache entschied die obere Verwaltungsbehörde in Leipzig, daß als Lohn der gesamte Verdienst einer Person aus ihrer versicherungspflichtigen Beschäftigung anzusehen ist, einschließlich der Beiträge, die dieselbe von dritten Personen, mit denen sie in keinem Vertragsverhältnis steht, erhält, wenn die Gewährung dieser Beiträge nur überhaupt im Zusammenhang steht mit ihrem eigentlichen Beschäftigungsverhältnis. Nur nicht berechenbare, rein zufällige Geschenke können natürlich nicht in Betracht kommen.

Die Lohnzahlungsperioden werden in der Regel durch stillschweigende oder ausdrückliche Vereinbarung festgesetzt sein. Auch kann durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes für alle Gewerbetreibende oder gewisse Arten derselben festgesetzt werden, daß Lohn- und Abschlagszahlungen in festen Fristen erfolgen müssen, die nicht länger als einen Monat und nicht kürzer als eine Woche sein dürfen. Wenn aber weder eine Vereinbarung noch eine ortstatutarische Regelung getroffen ist und Zweifel über die Zeit der Lohnzahlung entstehen, so kommt § 614 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Anwendung. Danach ist die Vergütung nach der Leistung der Dienste zu entrichten. Ist die Vergütung nach Zeitabschnitten bemessen, so ist sie nach dem Ablauf der einzelnen Zeitabschnitte zu entrichten.

In der Regel wird der Lohn an der Arbeitsstätte ausbezahlt. Jedoch können im gewerblichen Leben oft genug Verhältnisse eintreten, die Zweifel darüber entstehen lassen, wo der Lohn auszuzahlen ist. Solche Zweifel werden beseitigt durch § 270 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Danach hat wenn Zweifel bestehen, der Unternehmer den Arbeitslohn auf seine Gefahr und auf seine Kosten dem Arbeiter an dessen Wohnsitz zu übermitteln.

Im Konkursverfahren gilt der für das letzte Jahr vor der Eröffnung des Verfahrens rückständige Lohn als bevorrechtigte Forderung, d. h., er ist vor den gewöhnlichen Forderungen zu berücksichtigen. Lohn, der länger als ein Jahr rückständig ist, gehört ebenso wie die nach der Konkurseröffnung fällig werden Forderungen zu der Masse. Das Vorrecht muß besonders angemeldet werden, denn es ist nur auf Antrag zu berücksichtigen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Interessengemeinschaften in der Elektroindustrie. — Der Riß in den Roheisenverbänden. — Kohlenyndikat und Kohlenproduktion. — Baugewerbe. — Die Reichsbank am Quartalschluß.

Der dauernde Hochstand der wichtigsten Elektrizitätswerte machte den Eindruck des Uebertriebenen, so günstig man sonst die Gegenwart und die wahrscheinlichste nächste Zukunft unserer modernsten Großindustrie beurteilen mochte. Die letzte Zeit hat gelehrt, daß bei den Kursbewegungen die Erwartung großer Fusionen und vertiefter „Interessengemeinschaften“ keine

geringe Rolle spielte. Auf die Ausschaltung jedes ernstlichen Wettbewerbes bei der Ausschreibung von Aufträgen, die bisher überwiegend einem bestimmten Werte oder einer der beteiligten Gruppen zugefallen waren, kamen wir bereits vor Wochen zu sprechen. Dieser elektroindustrielle „Schutzverband“ wurde zwar neuerdings wieder viel erörtert, aber für die Börse bedeutete er längst keinen neuen Faktor der Beurteilung mehr. Dagegen hat sich in jüngster Zeit bei allen Fragen, welche die Einführung des elektrischen Betriebes für Bahnen aller Art betreffen, ein enges Handinhandgehen der beiden größten Gesellschaften, nämlich der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Siemens u. Halske Aktiengesellschaft, herausgebildet, zum Teil unter wohlwollender Förderung seitens der Bahnverwaltungen selber: und aller Wahrscheinlichkeit nach werden die beiden Riesenunternehmungen eine Untergesellschaft ins Leben rufen, die speziell den Vollbahnprojekten sich widmet. Nach andern Andeutungen stände die Schaffung einer allgemeineren Elektrizitätsbank bevor: sie soll die Finanzgeschäfte erleichtern und gemeinsam besorgen, während die Fabrikationsstätigkeit weiter ihre Sonderwege verfolgen könne, soweit man das für erproblicher halte, wie die Angliederung oder gar den einheitlichen Elektrizitätsnetz nach amerikanischen Vorbildern. Die Bank würde Obligationen ausgeben, die durch Forderungen der Werke an ihre Auftraggeber sichergestellt wären; diese Außenstände hätten als Unterlage zu dienen, sie würden sich aber durch das Dazwischen-treten der Bank sofort oder doch rascher wieder in verfügbare Geldmittel für Zwecke des Werbetriebs umwandeln lassen. Die Mitglieder und Aktionäre der Bank würden sich damit zweifellos große Vorteile gegen heute und zugleich ein neues Uebergewicht gegen Fernbleibende schaffen.

Einen klaffenden Riß hat jedoch die Syndikatsorganisation — nicht der Syndikatsgedanke an sich — in der rheinisch-westfälischen Roheisenproduktion vorläufig erlitten. Noch immer ist vielleicht der Gedanke nicht ganz abzuweisen, daß, wie bisher so oft, die Drohungen und Kündigungen nur gewiss Einzelforderungen und Neuregelungen zum Durchbruch verhelfen sollen. Beim Ablauf von Kartellverträgen wiederholen sich solche Schachzüge Unzufriedener und Mehrgehrender oft genug, aber diesmal sind unter den Roheisenunternehmungen selber die Aussichten auf eine neue Vereinbarung fast ganz verschwunden. Die Syndikatspreise gelten zwar noch bis zum Schlusse des Jahres; aber die Verkäufe für 1909 sind bereits seit dem 1. Oktober freigegeben, und unter diesen Umständen ist ein Rückgang der Roheisenpreise zunächst ganz unvermeidlich. Der entscheidende Vorstoß ging von den Werken des Fürsten von Donnersmard aus: Kraft (bei Stettin) und Niederrheinische Hütte. Das Kraftwerk hatte seinerzeit ein Sonderabkommen erreicht, das den übrigen Roheisenwerken derart lästig war, daß es beim Ablauf im Juli 1907 nicht mehr erneuert wurde; trotzdem erklärte sich die Donnersmardsche Verwaltung zu einem abermaligen Abkommen nur unter den früheren erreichten Zugeständnissen bereit: während die rheinisch-westfälischen Syndikatwerke ihre Leistungsfähigkeit gegenwärtig nur mit 60 bis 70 Prozent auszunutzen vermögen, hätte das Kraftwerk die volle Produktion aufrechterhalten dürfen. Die Niederrheinische Hütte wiederum verlangte nicht weniger wie eine dreifache Erhöhung der alten Beteiligungsquote. Das alles brachte den weiteren Zündstoff zum Explodieren, der schon längst angehäuft war durch die Gegensätze zwischen den „reinen“ Hochofenwerken, die im wesentlichen die Lasten der Syndikatspreise trugen, und den „gemischten“ Werken, deren Selbstverbrauch und Weiterverarbeitung von allen Beschränkungen freibleib. Wie das Düffeldorfer Roheisenyndikat, das ein Produktionsquantum von 3 Millionen Tonnen Roheisen verfertigte, so wird nunmehr auch der Siegerländer Roheisenverein und das Lothringisch-Luxemburgische Syndikat zunächst seine Pforten schließen. Oberflächlich nimmt bekanntlich eine Sonderstellung ein, sollte jedoch, wie beabsichtigt war, diesmal für einen allgemeinen deutschen Verband gewonnen werden; am 8. August hatte die Generalversammlung des ober-schlesischen Roheisenyndikats die Erneuerung des Verbands für das Jahr 1909 beschlossen und zugleich den Beitritt zu einem etwa sich bildenden allgemeinen deutschen Roheisenyndikat in Aussicht genommen. Auf den schwächsten Füßen stand von jeher der Siegerländer Verkaufverein, gewissermaßen nur eine Unterabteilung des Düffeldorfer Verbands und außerdem in seinen Produktionsgrundlagen mehr und mehr im Vergleich zu den andern deutschen Röhrenbetrieben benachteiligt. Von den weltlichen Roheisenverbänden führen die Brüden nach rückwärts zum Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat, nach vortwärts zum Stahlwerksverband; in allen drei Positionen sind vielfach dieselben Personen leitend tätig. Wie wird sich deshalb die Angelegenheit weiter fortspinnen?

Für das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat bildet die Begrenzung des umlagefreien Selbstverbrauchs der Hütten-gehen schon längst den Gegenstand von Verhandlungen; anscheinend hat man hier bessere Aussichten, die reinen Kohlen-gehen und die gemischten Betriebe unter einem Gut erträglich zusammenzuhalten. Wenigstens kündigte dies der Vorliegende auf der letzten Besenbesitzer-Versammlung am 23. September in Essen a. Ruhr an. Nach den weiteren Mitteilungen ist die Gesamtlage der Kohlenmagazinen, zum Teil infolge der Zurückdämmung der fremden Einfuhr und der Ausdehnung der eignen Ausfuhr, immer noch eine unerschütterte. Die deutsche Steinkohlenförderung im ersten Halbjahr d. N. betrug 72 695 452 Tonnen gegen 69 571 431 Tonnen im ersten Halbjahr 1907, die Einfuhr an Steinkohlen, Koks und Bricketts 5 941 121 Tonnen gegen 6 181 818 in 1907, die Gesamtausfuhr im ersten Halbjahr 1908 12 720 256 Tonnen gegen 12 233 412 im Vorjahre, der inländische Absatz im ersten Halbjahr 65 916 317 Tonnen gegen 63 469 837 Tonnen im ersten Halbjahr 1907, mithin in 1908 3,85 Prozent mehr. Die Gesamteinfuhr ausländischer Kohlen betrug im ersten Halbjahr d. N. 190 697 Tonnen weniger als im ersten Halbjahr des Vorjahres, die Ausfuhr ist im gleichen Zeitraum 1908 um 488 844 Tonnen gegen das Vorjahr gestiegen. Der August hat, wie die amtliche Statistik vom 26. September bekanntgibt, diese Bewegung noch weiter fortgesetzt. Die Steinkohlenproduktion betrug in diesem Monat für das Deutsche Reich 12,70 Millionen Tonnen gegen 12,65 Millionen Tonnen im Vorjahre, die Einfuhr nur 1,01 Millionen Tonnen gegen 1,42 Millionen Tonnen, die Ausfuhr dagegen 2,03 Millionen Tonnen gegen 1,77 Millionen Tonnen.

Das denkbar schroffste Gegenstück hierzu bieten noch immer die Berichte vom Baumarkt, dem selbst der flüchtige Geldstand noch immer kein Leben einzuhauchen vermag, obwohl der Tiefpunkt der Krise immerhin an vielen Stellen überwunden sein mag. In der vor ein paar Tagen abgehaltenen Generalversammlung der Berliner vereinigten Dampfziegeleien bezeichneter der Vorsitzende das abgelaufene Geschäftsjahr (bis Ende März 1908) als das ungünstigste seit dem Bestehen der Gesellschaft. „Neben den ungeheuerlichen Zinssätzen“, heißt es in dem Preisbericht, „die das Baugewerbe fast völlig lahm legten, war es auch der Rückgang der Ziegelpreise, — sie gingen von 28 Mk. auf 14 Mk. zurück — welcher der Gesellschaft . . . einen kolossalen Ausfall verursachte.“ In Einklang mit dem Gange des Berliner Baugewerbes gab das Unternehmen 1908/04 und 1904/05 15 Proz. Dividende; im Jahre 1904 und 1906 verzeichnete man an der Berliner Börse zeitweilig Kurse über 220. Im abgelaufenen Jahr ist zwar froh, die Unterbilanz durch Reserven ausgleichen zu können, die Dividende ist 0, man hofft jedoch auf bald beginnende bessere Zeiten. Am 3. Oktober stand der Kurs auf 64.

Neugierig durfte man diesmal auf den Reichsbankausweis am Quartalschluß sein. In den beiden vorangegangenen Wechselübersichten zeigte sich die Reichsbank ungemein gekränkt

und im Besitze eines außergewöhnlich großen Metallvorrats und einer außerordentlich großen steuerfreien Notenreserve. Die letzte Septemberwoche schmückte allerdings die Bank um den Betrag von 567 795 000 Mk., d. h. bedeutender wie jemals vorher in dieser Woche. Trotzdem hat die allgemeine geschäftliche Ebbe den Metallbestand weit über, und den steuerpflichtigen Notenbetrag weit unter der Norm der vorangegangenen Septemberschlüsse gehalten. Ende September betrug nämlich

	der Metallvorrat	die Steuerpflicht
	(in 1000 Mark)	
1908	1 033 553	320 645
1907	737 022	513 384
1906	675 301	505 341
1905	732 215	450 285
1904	793 143	305 044
1903	858 015	158 988

Die Zinsprüchnahme, die jahrelang fast beängstigend stieg, hat also ganz enorm nachgelassen, trotz des ermunternden Diskonts von 4 Prozent, während der vorjährige September, um zurückhaltend zu wirken, 5½ Prozent Diskont (seit dem 23. April 1907) festgesetzt hatte.

Berlin, 4. Oktober 1908.

Max Schippel.

Organisierte Vampyre.

Oft genug schon sind die Mißstände, die die Akkordarbeit mit sich bringt, dargelegt worden. Am schärfsten treten die Schatten-seiten dieser Entlohnungsform in Erscheinung bei dem Zwischenmeister- oder Interakkordantentwesen. Besonders in unserm Bereich können wir ein Lied singen von den Folgen dieses Systems, bei dem sich so und so viele die Tasche füllen, ohne irgendwelche Arbeit zu leisten, auf Kosten der Arbeiter. Von Seiten des Verbandes haben wir daher auch immer mit aller Entschiedenheit gegen dieses verwerfliche der Lohnsysteme gekämpft. In Straßburg und Mühlhausen im Elsaß ist es dank dem Vorgehen der Kollegen gelungen, das Interakkordantentwesen gänzlich zu beseitigen.

Ganz ungeheuerlich ist es aber, wenn organisierte Arbeiter gegenüber den eigenen Verbandskollegen sich dieser verwerflichen Ausbeutung schuldig machen, und zwar in einer Weise, wie man es nur von dem allerprofithungrigsten und brutalsten Unternehmer erwarten sollte. So unglaublich dieses erscheint, so haben wir doch zurzeit in Kolmar im Elsaß den traurigen Ruhm, einen solchen Fall verzeichnen zu können, und noch dazu an einem Staatsbau.

Die Steinhauerarbeiten für das Kreisdirektionsgebäude sind dort von vier Steinhauern im Unterakkord gemeinsam übernommen worden. Erforderlich sind etwa 150 Kubikmeter. Das Material wird von der Bauleitung geliefert, ebenfalls Zeichnungen und Schablonen. Nur für Arbeitslohn erhalten die Unterakkordanten pro Kubikmeter 65 Mark. Das Geschirr, sowie das Schürfen derselben muß von den Arbeitern bezahlt werden. Als Arbeitslohn wurden bisher bezahlt 41, 43 und 45 Mk. pro Kubikmeter. Nach Vorstellung durch den Gauleiter (eine erhebende Aufgabe gegenüber organisierten Arbeitern) wurde der Preis auf 46 Mark festgesetzt. Es soll nun sämtliche Arbeit in Kompagnie gemacht werden, dergestalt, daß die Lohnsumme für die gefertigten Kubikmeter gleichmäßig unter den Arbeitenden, den Unterakkordanten und den übrigen etwa noch 12 Mann geteilt wird, der Kubikmeter zu 46 Mark gerechnet. Die Unterakkordanten stecken für jeden Kubikmeter also 9 Mark ein, ohne das geringste Risiko oder sonstige Betriebsunkosten zu haben. Der mühselose Gewinn beträgt somit 1350 Mark. Die Kompagniarbeit hat für sie weiter den Vorteil, daß Steinabladen, Nacharbeiten am Bau, Neuanfertigen unbrauchbarer Stücke usw., nicht von den Zwischenmeistern getragen werden muß, sondern von sämtlichen an der Kompagniarbeit Beteiligten.

Wahrscheinlich, ein profitableres Geschäft als diese Ausbeutung der eigenen Kollegen läßt sich nicht gut denken. Wenn ein Unternehmer sich einen entsprechenden Profit berechnet, so ist dies natürlich als Entschädigung für seine Betriebskosten, seine Auslagen, seine Arbeit für Ausziehen der Zeichnung, Risiko für Materialverlust usw. Der Gewinn von 9 Mark pro Kubikmeter entschließt aber im vorliegenden Falle jeder Begründung. Die ganze Arbeit der Unterakkordanten beschränkt sich fast nur auf Verteilung der Arbeit und Aufstellen der Lohnliste. Von Seiten der Kollegen wurde vorgeschlagen, die jeweils stehengebliebene Kautions von 10 Prozent der Lohnsumme als Entschädigung für die Unterakkordanten zu berechnen. Bei 56 Mark pro Kubikmeter sind dies 5,60 Mark, die einen mehr als genügenden Gewinn neben dem Arbeitsverdienst darstellen, da die Unterakkordanten ebenfalls wie die andern mitarbeiten.

Diese vier Meistermänner haben sich bisher nicht genügend entrüsten können über zu niedrige Entlohnung von Seiten der Unternehmer, haben Arbeitslosigkeit, Maßregelungen am eignen Leibe zur Genüge empfinden müssen. Jetzt ist das alles beseitigt. Ja, man hat sich nicht geteufelt, einen Kollegen, der in vielleicht etwas zu temperamentvoller Weise ihnen Vorhaltungen machte, hinauszuerwerfen.

Es wurden an maßgebender Stelle Schritte unternommen, um in Zukunft derartige Auswüchse des Unterakkordantentwesens wenigstens an Staatsbauten zu verhindern. Denn wir sind sicher, daß derartige Zustände nicht mit Wissen und Zustimmung der auftraggebenden Behörde geduldet werden.

Wir haben nicht die Befürchtung, daß die vier Unterakkordanten bei Berechnung ihres Profits nach Beendigung ihres Baues in ihrer feilschen Ruhe nur im geringsten gestört werden. Das Recht müssen wir ihnen absprechen, in Zukunft irgendeinen profitkräftigen oder brutalen Unternehmer zu kritisieren, denn ärger wie sie macht es auch keiner von diesen. Den Kollegen allerorts mag diese Schilderung aber als Illustration und Erklärung über die Zustände im Südwesten dienen, die einer gedeihlichen Entwicklung des Verbandes und einer erfolgreichen Tätigkeit desselben mehr hinderlich sind, als alles andre zusammen.

Dieses Beispiel muß uns aber beranlassen, mit verdoppelter Energie für gänzliche Beseitigung allen Unterakkords zu kämpfen.

Berufsstatistik der Zahlstelle Leipzig

vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908.

Genau wie in den Vorjahren muß diesmal wiederum Klage geführt werden über die Lauheit der Kollegen in bezug auf die Abgabe der Statistikkarten. Es ist bedauerlich, wenn 6—8 Wochen nach Ablauf der Frist immer noch Karten abgegeben werden; es vergeht da dem betreffenden Statistiker die Lust und das Interesse an der ganzen Sache.

Das Ergebnis unserer diesjährigen Erhebungen ist folgendes: Auf 17 Steinmehlwerkplätzen, einem Hydrofahndsteinwerk, mehreren Kunststein- und Zementfabriken und circa 20 Grabsteingeschäften waren im vergangenen Jahre durchschnittlich 160 Mann beschäftigt (im Vorjahre 200). Der schwächste Monat war der Dezember mit 84 Mann, der stärkste dagegen der Mai mit 228 Mann. Wir können nicht sagen, daß das vergangene Jahr ein günstiges war, da wiederum die große Mehrzahl unserer Kollegen von einer sehr langen Arbeitslosigkeit betroffen wurde.

An der Statistik Beteiligten sind insgesamt 208 Kollegen. Diese erzielten einen Gesamterdienst von 262 940,60 Mk.; das ergibt einen durchschnittlichen Jahreserdienst von 1265,27 Mk.

(im Vorjahre 1850 Mk.), einen Wochenlohn von 25.90 Mk., einen Tagelohn von 4.31 Mk. und einen Stundenlohn von 53 1/2 Pfg. Allerdings erhöht sich der Verdienst dadurch, daß die Gesamtarbeitsdauer nur 7375 Wochen beträgt; das ergibt für den einzelnen eine durchschnittliche Arbeitsdauer von 36 Wochen 2 Tagen. Demnach würde der Durchschnittsverdienst in der Arbeitswoche 35.84 Mk. betragen; das ergäbe einen Tagelohn von 5.94 Mk. und einen Stundenlohn von 74 1/2 Pfg.

Außerdem war eine Anzahl Kollegen gezwungen, anderer Beschäftigung nachzugehen. Es wird in dieser Richtung viel geklagt. Diese Rubrik wird immer so wenig wie möglich ausgefüllt; nur 15 Kollegen hatten darüber Angaben gemacht. Also diese 15 Kollegen verdienen in 250 Wochen 5707.42 Mk., das ergibt im Durchschnitt für jeden auf 16 Wochen 4 Tage 380.49 Mk. Den durchschnittlichen Jahresverdienst von 1285.27 Mk. erreichten 87 Mann = 42 Prozent nicht.

Die verschiedenen Lohnklassen stellen sich wie folgt zusammen:

Bis 700 Mk. verdienen 12 Mann	1800 bis 1400 Mk. verb. 16 Mann
600 bis 700 Mk. " 6 "	1400 " 1500 " " 26 "
700 " 800 " " 10 "	1500 " 1600 " " 22 "
800 " 900 " " 12 "	1600 " 1700 " " 23 "
900 " 1000 " " 14 "	1700 " 1800 " " 10 "
1000 " 1100 " " 9 "	1800 " 1900 " " 7 "
1100 " 1200 " " 11 "	1900 " 2000 " " 5 "
1200 " 1300 " " 16 "	über 20 0 Mk. verdienen 4 "

Die Arbeitslosigkeit hat in diesem Jahre wiederum zugenommen; es waren insgesamt 186 Kollegen = 91.8 Prozent in 306 Fällen 1701 Wochen arbeitslos (im Vorjahre 88 Prozent). Das ergibt für den Einzelnen eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 9 Wochen. Gegen das Vorjahr um eine Woche mehr. Bis 5 Wochen waren arbeitslos 74 Mann, 5-10 Wochen 45 Mann, 10-15 Wochen 26 Mann, 15-20 Wochen 22 Mann, über 20 Wochen 19 Mann.

Die Berufstätigkeit der an der Statistik beteiligten 208 Kollegen beträgt insgesamt 4068 Jahre. Das ergibt für den Einzelnen eine durchschnittliche Berufstätigkeit von 20 Jahren 14 Tagen.

Bis 5 Jahre waren im Beruf tätig 3 Mann
5 bis 10 Jahre " " " 7 "
10 " 15 " " " " 47 "
15 " 20 " " " " 69 "
20 " 25 " " " " 37 "
25 " 30 " " " " 18 "
30 " 35 " " " " 16 "
35 " 40 " " " " 4 "

Das Gesamtalter beträgt 7172 Jahre 6 Monate 20 Tage. Das ergibt ein Durchschnittsalter von 35 Jahre 3 Monate 29 1/2 Tage.

Auch in der Berichtszeit wurde wiederum eine beträchtliche Anzahl durch anhaltende Krankheiten betroffen. Es waren insgesamt 72 Kollegen, das sind zirka 35 Prozent in 84 Fällen 670 Wochen 2 Tage krank. Für den einzelnen beträgt die Krankheitsdauer 9 Wochen. Gestiegen gegen das Vorjahr um 2 Wochen. Die längste Krankheitsdauer betrug 37 Wochen, die kürzeste 5 Tage. Sieben von den erkrankten Kollegen suchten und fanden Aufnahme in Lungenheilanstalten und noch andern Genesungs-orten.

Die Arten der Krankheit waren: Lungen- und Halskrankheiten 33 Mann, Verletzungen im Berufe 13 Mann, Rheumatismus 6 Mann, Rippenfellentzündung 5 Mann, Influenza 7 Mann, verschiedene Krankheiten 7 Mann, glücklich vergangen 1 Mann.

In der Berichtszeit ist der Tod nicht mit derselben Strenge aufgetreten, wie das Jahr vorher, wo wir 14 Kollegen zu Grabe getragen hatten. Diesmal sind es nur 6 Kollegen, welche unserm Berufe zum Opfer gefallen sind. Das Durchschnittsalter betrug 38 Jahre.

Die letzte Krankheitsdauer der Verstorbenen betrug insgesamt 4 Jahre 3 Wochen. Für den einzelnen bedeutet das ein durchschnittliches Krankenlager von 9 Monaten 3 Wochen.

Der Ortskrankenkasse gehörten 202 Mann an. 1 Kollege ist ausgesteuert und bezieht Invalidenrente, und 81 Kollegen waren erfreulicherweise noch anderweitig gegen Krankheit versichert.

In 27 Fällen genügt das Einkommen als ehrbarer Erwerb nicht und die Frau muß mit zum Lebensunterhalt der Familie beitragen.

Klagbar gegen den Unternehmer mußten 3 Kollegen vorgehen wegen Nichtzahlung des Härtezuschlags. Das Gewerbegericht entschied zu unseiner Gunsten und der Unternehmer mußte zahlen.

Zu bemerken wäre noch, daß im Berichtsjahre 498 Fremde durch Leipzig gereist sind, dieselben bezogen eine Reiseunterstützung in Höhe von zusammen 996 Mk.

Eugen Kampfrad, Statistiker.

Korrespondenzen

Meißen II. Die am 18. Oktober im Gasthof zu Nieschütz abgehaltene Generalversammlung war nur vom dritten Teil der Mitglieder besucht. Gauleiter Zahn referierte in vorzüglicher Weise. Er geißelte besonders das laue Verhalten der Kollegen dem Verbands gegenüber. Zu den Ausführungen des Referenten sprachen noch einige Kollegen. Hierauf wurde eine Resolution angenommen, worin sämtliche Versammlungsbesucher einstimmig erklärten, das Banner des Deutschen Steinarbeiterverbandes hochzuhalten. Zum 2. Punkt gab der ständige Ausschuss bekannt, die vom Vertrauensmann und den Revisoren richtiggeprochen wurde. Hierauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Abrechnung vom Stiftungsfest gab der Vertrauensmann bekannt. Einem kranken Kollegen wurden 5 Mark bewilligt.

Mittweida. Die am 18. Oktober abgehaltene Versammlung war gut besucht. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 3. Quartal. Da dieselbe von den Revisoren geprüft und alles in bester Ordnung vorgefunden wurde, erteilten die Kollegen dem Kassierer Entlastung. Da die Revisoren auch die Mitgliedsbücher kontrolliert haben, hat es sich herausgestellt, daß sehr viele Kollegen mit ihren Marken im Rückstand sind. Kollegen, kommt erst euren Pflichten nach, dann könnt ihr auch Rechte fordern. Zur bevorstehenden Ortskrankenkassenwahl wurde bekannt gegeben, daß eine Gegenliste aufzustellen wird. Aus diesen Gründen ist es doppelte Pflicht, daß sich ein jeder an der Wahl beteiligt. Ferner beschloß die Versammlung, die Mittagspause bei den Stundenlöhnern auch im Winter bei einer Stunde zu belassen. Der Vorsitzende forderte auf, die nächste Versammlung zu besuchen, in der Hr. Meis-Burgen ein Referat halten wird. Der letzte Bericht hat den Meister Heinrich Gaupe so frappiert, daß er sich genogen fühlte, in die Wahlvereinsversammlung zu gehen, um seine Person reinzuwaschen. Leider wollte es der Zufall, daß kein Einziger von uns anwesend war, der seine schönen Redensarten beantwortete.

Niesitz-Gröba. Am 14. Oktober fand im Poetenrestaurant in Niesitz unsere Monatsversammlung statt. Genosse Eberffig hielt einen lehrreichen Vortrag über: Das Wissenswerte aus der Unfallversicherung. Redner macht den Anwesenden die wichtigsten Bestimmungen klar und wünscht, daß sich jeder mit dem Unfallgesetz vertraut macht. Dem Referenten wurde lebhafter Beifall gezollt. Unter Punkt 2 gab Kassierer Wredernitz den Rassenbericht vom 3. Quartal bekannt. Die Revisoren haben Bücher und Kasse in bester Ordnung gefunden; hierauf wird dem Berichterstatter Decharge erteilt. Nachdem beschäftigt man

sich mit der Generalversammlung der Gröbaer Ortskrankenkasse. Es wurde in Vorschlag gebracht, die zwei aus unserer Mitte ausscheidenden Vorstandsmitglieder wiederzuwählen. Außerdem gab ein hiesiger Kollege, welcher hier als Bildhauer arbeitet, ein ihm zugegangenes Arbeitsangebot zum besten; es lautet:

Herrn A. . . S. . . . , Niesitz a. d. Elbe.

Auf Ihre Karte teile ich Ihnen mit, daß die ausgeschriebene Stelle erst zum 1. Januar 1909 oder kurz vorher zu besetzen ist. An Lohn habe ich im Winter 35 Pfg., im Sommer 38 bis 40 Pfg., je nach Leistung, bezahlt.

Achtungsvoll

H. Haupt, Volkswitz (Schlesien).

Unser Kollege äußerte sich, lieber Sack und Schaufel zu nehmen, als für einen solchen Lohn seine Gesundheit zu ruinieren.

Am 21. Oktober hatten wir auch eine Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: Die Gewerkschaftsbewegung und das Koalitionsrecht der Arbeiterbewegung. Kollege Alois Baumgart hielt darüber einen gebihrigen Vortrag. Die meisten Kollegen waren sehr zufrieden mit dieser Erstlingsleistung. Einige dagegen hatten sich noch mehr versprochen. Mag sich Kollege B. nicht beeinflussen lassen und sich dabei bemühen, sich noch weiter zu bilden. Wir sind froh, wenn unter den Granitarbeitern mehr Agitatoren zu finden sind.

Steinen. Am 11. Oktober fand hier eine mäßig besuchte Bezirksversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand die Anstellung eines Bezirksleiters für Lüttschenbach und Steinen. Da ja die Zahlstellenvorstände ein weitverbreitetes Gebiet zu bearbeiten haben, so wäre die Anstellung sehr notwendig. Nach eingehender Besprechung wurde der Antrag abgelehnt, weil die finanzielle Lage nicht günstig ist. Die Kollegen sprachen die Erwartung aus, daß die Gau- bzw. die Zentralleitung uns in puncto Agitation besser unterstützen soll. Das heißt, entweder finanziell oder mittels italienischer Referenten. Des weiteren wurde die Vorstandswahl vorgenommen, da unser bisheriger Vorsitzender sein Amt niedergelegt hatte. Von der schweizerischen Zahlstelle Basel wurde der Vorschlag gemacht, er habe einem Kollegen das Krankengeld nicht ausbezahlt. Auf Vorschlag der beim Basler Vorstand wurde uns die Mitteilung, wir sollten das unter uns regeln, sie brauchen unsern Vorstand deswegen keine Genugtuung zu geben. Die Kollegen von Steinen und Umgebung verwarfen sich ganz entschieden gegen solche Beschuldigungen von Basel, die nichts dazu beitragen, unsere Zahlstelle zu stärken. Einstimmig wurde wieder Kollege Wilsch als 1. Vorsitzender gewählt; als Kassierer Emil Zimmer von Bönning. Erwähnt muß noch werden, daß in unser Gegend die Granitindustrie gut floriert, und falls es noch Streitende oder Arbeitslose im bayrischen Walde gibt, so mögen sie nur hierher kommen; sie sind uns herzlich willkommen. Ferner wurde noch beschlossen, daß die Kollegen, welche die Beschuldigungen gegen unsern Vorstand erhoben haben, veröffentlicht werden. Es sind dies Heinrich Salzgeber und Joseph Herz, welche letzterer wegen Rückständigkeit gestrichen werden mußte.

Eine internationale Statistik der Aktiengesellschaften

bringt das neueste Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich. Der Wert der Statistik wird freilich sehr herabgedrückt durch das Fehlen der Vereinigten Staaten und durch die außerordentliche Verschiebung der Feststellungsjahre, die bis zu 1897 (Italien) und 1896 (Frankreich) zurückgehen und so einen allgemeinen Vergleich ausschließen. Wir geben nachstehend die Aktiengesellschaften der Hauptkulturländer wieder unter Umrechnung der Landeswährung in deutsches Geld.

Länder	Jahr	Zahl der Gesellschaften	Nominalkapital in Mill. Mk.	Eingezahltes Kapital in Mill. Mk.
Deutsches Reich	1906	5 061	14 028,6	14 028,6
Großbritannien und Irland	1906	40 995	—	40 869,2
Oesterreich-Ungarn	1905	2 483	3 116,8	2 915,4
Frankreich	1899	6 325	10 814,6	10 814,6
Schwiz	1905	2 734	1 600,3	1 600,3
Niederlande	1905/06	4 745	—	2 175,1
Belgien	1900	1 358	2 294,5	2 294,5
Dänemark	19 5	1 823	—	675,5
Italien	1897	450	1 034,8	917,8
Rußland	1905	1 477	—	5 302,0
Brasilien-Japan	1905/06	1 654	—	564,9
Japan	19 5	4 216	—	1 802,8

Die beste Vergleichsmöglichkeit bieten jedenfalls Deutschland und England. Es ergeben sich da interessante Unterschiede. Das Aktiengesellschaftswesen ist in dem industriell so viel älteren England im allgemeinen bedeutend höher entwickelt als bei uns. Trotzdem hat die Konzentration der Betriebe in Deutschland größere Fortschritte gemacht. Während nämlich die Zahl der Aktiengesellschaften in England über achtmal so groß ist wie in Deutschland, ist das Kapital noch nicht ganz dreimal so hoch. 5061 deutschen Gesellschaften mit 14 029 Millionen Mark Kapital stehen in England 40 995 Gesellschaften mit 40 869 Millionen Mark Kapital gegenüber. Hierzu treten noch die Eisenbahnen, die in England bekanntlich im Privatbesitz sind.

Weit hinter Deutschland zurück steht Oesterreich-Ungarn, das nur 2 483 Gesellschaften (also weniger als die Hälfte der deutschen) mit 3 117 Millionen Mark Kapital (= weniger als ein Viertel) besitzt. Rechnet man allerdings noch die 128 privaten Eisenbahngesellschaften mit einem Anlagekapital von 3720 Millionen Mark hinzu, so steigt das österreichische Aktienkapital auf etwas mehr als die Hälfte des deutschen. Rußland bleibt mit 1 477 Gesellschaften und 5 302 Millionen Mark Aktienkapital hinter beiden Ländern zurück. Bemerkenswert ist die kapitalistische Entwicklung Japans, das 1905 bereits 4 216 Gesellschaften mit 1 803 Millionen Mark eingezahltem Kapital besaß.

Interessant ist noch ein Vergleich des in den Gesellschaften der verschiedenen Länder investierten Durchschnittskapitals. Hier marschiert an der Spitze Rußland, das ein Durchschnittskapital pro Aktiengesellschaft von 3,59 Millionen Mark aufweist. Sodann folgt Deutschland mit 2,77 Millionen, Oesterreich-Ungarn (ohne Eisenbahnen) mit 1,73, Frankreich (vor 10 Jahren) mit 1,71, Belgien mit 1,69, England mit 1,0, die Niederlande mit 0,46 und Japan mit 0,43 Millionen Mark Durchschnittskapital.

Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes auf abschüssiger Bahn.

H. Seit länger als einem Jahrzehnt erheben sich immer wieder Klagen darüber, daß die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes den Verletzten ungünstiger wird. Niemand, der die Verhältnisse kennt und die Rechtsprechung des höchsten Gerichts für Rentenprozesse verfolgt, wird diesen Klagen die Berechtigung abstreiten. Im Reichstage ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Abnahme der schweren Unfälle, die eine dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben, nicht allein auf einen besseren Ausbau der Unfallheilkunde zurückzuführen sind, sondern auch auf die ungünstigere Rechtsprechung, die Besserungen um 10 bis 20 Prozent heute viel häufiger annimmt wie früher. Noch auffälliger wie gegen Schwerverletzte macht sich die Tendenz zur Eindämmung der „Rentensucht“, wie das berechnete

Bestreben nach Erhalt von Entschädigung für Verletzungen oft genannt wird, bei Hand- und Fingerberufungen bemerkbar. Ist doch das Reichsversicherungsamt in der letzten Zeit mehrfach dazu gekommen, für den Verlust des Ring- oder Mittelfingers überhaupt die Dauerrente zu verweigern, weil solche Verletzungen angeblich keine bleibenden Erwerbsbeschränkungen zur Folge haben. Diese Annahme ist vollständig falsch. Der völlige Verlust eines Fingers bedeutet für jeden Handarbeiter, mag er nun auf die grobe Kraft oder auf die Geschicklichkeit seiner Hände und Finger bei seiner Arbeit angewiesen sein, eine Arbeitsföhrung. Das Reichsversicherungsamt hat aber in einem Urteil vom 15. April d. J. wieder anders entschieden. Ein Maschinenarbeiter hat im Jahre 1892 den linken Ringfinger verlor. Er bezog hierfür von der Hesse-Nassauischen Baugewerkschaftsgenossenschaft eine Rente von 12 Prozent. Vier Jahre nach dem Unfall, 1896, wurde von der Berufsgenossenschaft versucht, die Rente zu entziehen, weil Arbeitsbehinderung nicht mehr vorliege. Das Schiedsgericht billigte aber die Rente weiter zu. Nun hatte der Verletzte 11 Jahre Ruhe. 1907 wurde aber über seine Lohnverhältnisse Erkundigungen eingezogen und auch eine ärztliche Untersuchung des Verletzten angeordnet. Die Unternehmer erklärten, daß der Verletzte voll arbeitsfähig sei und vollen Lohn erhalte. Der Arzt konstatierte Schwäche des Armes, bedingt durch den Verlust des Ringfingers und schlug eine Rente von 8 Prozent vor. Das Schiedsgericht für Arbeiterberufung in Darmstadt hielt mit Recht diese unwesentliche Aenderung als zur Rentenzuzugung oder gar Entziehung ungeeignet und beurteilte die Genossenschaft zur weiteren Zahlung von 12 Prozent. Das Reichsversicherungsamt kam aber zur Entziehung der Rente vom 1. April 1908 an. Begründet wurde diese Entscheidung mit den schon erwähnten Auskünften der Unternehmer vom Mai und September 1907, wonach der Verletzte voll arbeitsfähig sei und damit, daß der Verletzte jetzt 30 Mk. Wochenlohn beziehe, also mehr als vor dem Unfälle (im Jahre 1892).

In diesem Urteile fällt mancherlei auf. Der Arzt konstatiert eine Schwäche des Arms, bedingt durch den Verlust des Ringfingers, trotzdem besteht aber nach der Ansicht des Reichsversicherungsamtes keine Erwerbsbeschränkung. Ganz daneben trifft natürlich die Lohnvergleichung von 1907 mit 1892. Aus einem Steigen des Lohnes in 15 Jahren folgt absolut nicht das Verschwinden der Unfallsfolgen. Nicht berücksichtigt hat auch das Reichsversicherungsamt die Tatsache, daß der Verletzte jetzt schon 14 Jahre alt ist. In diesem Alter hat schon ein unverletzter Arbeiter große Schwierigkeiten, sich dauernd Arbeit zu erhalten, die Schwierigkeiten erhöhen sich aber, wenn dem alten Arbeiter ein Glied der Hand fehlt. Diese Schwierigkeit, sich Arbeit zu erhalten oder neue Arbeitsgelegenheit zu finden, die durch den Verlust des Fingers erhöht wird, ist auch eine Unfallsfolge und beansprucht Berücksichtigung.

In rein rechtlicher Beziehung fällt am dem Urteile noch auf, daß das Reichsversicherungsamt angenommen hat, daß der Verletzte zwar bis zum 1. April 1908 noch nennenswert in der Erwerbsfähigkeit geschmälert gewesen sei, daß aber über den 1. April 1908 hinaus durch weitere Anpassung und Gewöhnung ein mehrerer Schaden nicht mehr vorliege. Wenn man den Auskünften der Unternehmer eine Beweisraft beilegen will, so war die Erwerbsbeschränkung im Mai und September 1907 gewiß nicht größer als im April 1908 und die Genossenschaft hätte, wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, vollkommen recht, daß sie die Entziehung der Rente von einem früheren Zeitpunkte als vom 1. April 1908 ab verlangte. Aber diese ganze Begründung ist vollkommen verfehlt. Soweit Anpassung und Gewöhnung als günstige Veränderung in Frage kommen können, waren sie schon 1896 eingetreten, als die Genossenschaft den ersten Versuch zur Entziehung der Rente machte. Wenn damals aber festgestellt wurde, daß eine Erwerbsbeschränkung noch zu konstatieren sei, so war diese auch im Jahre 1908 nicht durch weitere Anpassung und Gewöhnung beseitigt. Es fehlte somit an der zur Rentenentziehung geforderten Voraussetzung: wesentliche Veränderung der Verhältnisse.

Der in diesem Urteile zum Ausdruck kommenden Tendenz, für Fingerverluste überhaupt keine Renten mehr zu gewähren, kann die Arbeiterchaft nicht scharf genug entgegenreten, besonders wenn sie mit so wenig logischer und stichhaltiger Begründung vorgenommen werden, wie in dem hier erörterten Falle.

Rundschau.

Neu eingetragene Firmen. Erste Leobschüler Stud- und Zementwaren- und Kunstseifenfabrik Müger u. Co. in Leobschütz. Die persönlich haftenden Gesellschafter sind: die Fabrikanten Ernst Müger und Leopold Kneisel in Nagenborn, Oesterreich-Schlesien. — Hannoverische Kalkmergelwerke Paul Glabach, Hannover. Inhaber Kaufmann Paul Glabach in Hannover. Geschäftszweig ist die Ausbeutung von Kalkmergelwerken und Sandsteinbrüchen, sowie der Verkauf der gewonnenen Produkte. — Steinsberg-Biebricher Diabaswerke Aktiengesellschaft zu Halle a. S. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bergwerken und Steinbrüchen, sowie der Handel mit aus Steinbrüchen und Bergbau gewonnenen Materialien. Das Grundkapital beträgt 200 000 Mk. — Deutsche Kunst-Grabstein-Werke, G. m. b. H., in Cöthen (Anhalt). Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation von Grabdenkmälern und andern Kunststeinerzeugnissen, sowie der Betrieb aller in der Branche liegenden Bedarfsgegenstände. Das Stammkapital beträgt 41 000 Mk. — Vereinigung Deutscher Terrazzowerke m. b. H. in Frankfurt a. M. — Deutsche Marmorolithwerke, G. m. b. H., Wiesbaden. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Herstellung und der Vertrieb von künstlichem Marmor nach dem Verfahren des Herrn Wilmer, ferner die Herstellung und der Vertrieb von allen andern Kunststeinen und dazugehörigen und die Ausbeutung aller in dieses Gebiet gehörenden Verfahren, insbesondere auch die Herstellung und der Vertrieb von Seltolith, soweit auf dieses Verfahren der Firma Eschenbrenner u. Co. übertragbare Rechte zustehen.

Neugetrafft auffällig ist das rapide Anwachsen der Kunststeinfabriken. Der Naturstein soll immer mehr verdrängt werden. Bei der Agitation dürfen wir die Arbeiter dieser Fabriken nicht aus dem Auge lassen.

Mitteldeutsche Steinindustrie in Steinau. Die Generalversammlung beschloß die Ausgabe von 400 000 Mk. neuen Aktien, die die Firma Abel u. Co. in Berlin zu 102 Proz. unter Tragung der Spesen übernimmt, sowie von 500 000 Mk. 5proz. zu 103 Proz. rückzahlbaren Hypothekendar-Obligationen, welche letztere teilweise zur Verstärkung der Betriebsmittel begeben werden sollen. Die Aktienausgabe geschieht zwecks Erwerb sämtlicher Anteile der vereinigten Kaufmanns- und Steinindustrie, G. m. b. H., in Mülheim (Main) und Kleinsteinhelm. Die Verarbeitung von Granitmaterialien soll von nun an rationeller gestaltet werden.

Eine neue Steinmetz- und Baugewerkschule wird am 2. November d. J. in Aschaffenburg (Unterfranken) eröffnet. Die Steinmetzabteilung soll durch Heranbildung von Betriebsleitern und Werkmeistern in der Hauptsache die Steinindustrie des Untermaines fördern. Die Untermain-Steinindustrie hat seit jeher für ganz Deutschland Bedeutung gehabt. Momentan liegt die Industrie ziemlich danieder.

Ein Antrag auf das Reichsversicherungsamt leistete sich am Sonnabend nach Leipziger und Braunschweiger Muster auch die hannoversche Polizei. In der geschlossenen Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins erließen ein Polizeikommissar und ein Kriminalbeamter. Als der Vorsitzende ihnen die Teilnahme an der Versammlung untersagte,

18ste der Kommissar die Vertammlung auf unter Berufung auf § 14 Absatz 3 des Vereinsgesetzes. Die Parteigenossen nahmen die verblüffende Auslösung mit kühnem Gelächter auf. In dem Vorgehen der Polizei liegt, das tritt immer klarer zutage, ein einseitiges System. Für sie existiert die Befreiung des Reichsstaatssekretärs, daß das Gesetz loyal gehandhabt werden solle, einfach nicht. So werden die liberalen Salbadereien über diese großartigste Unrechtthat des Reichs schon wenige Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes gründlich ad absurdum geführt.

Ein Arbeiter-Zwangsheim wird auf Antrag unserer Genossen von der Kanalarbeiter-Versicherungskasse in Heilbronn auf einem Grundstück in der Nähe von Heilbronn errichtet. 30 Morgen Land mit Wirtschaftsgebäuden sind dafür angekauft worden, mit dem Umbau werden sich die Gesamtkosten auf 75 bis 80000 Mk. belaufen. Die Anstalt wird am 1. Januar 1909 eröffnet werden und soll anfangs 20 bis 60 Insassen aufnehmen, die mit leichten Arbeiten beschäftigt werden. Die Anstalt soll später noch ausgebaut werden, wenn die erzielten Erfolge es geraten erscheinen lassen.

Ueber die Entwicklung des Brüsseler Volkshauses (Maison du Peuple) im ersten Halbjahr 1908 enthält das Organ der belgischen sozialistischen Genossenschaften einige Angaben, von denen unsere Leser die folgenden interessieren werden: Die Genossenschaft beschäftigt 350 Personen und erzielt im Jahre einen Umsatz von rund 6 Millionen Frank. Sie betreibt eine Bäckerei, eine Schlächterei, Kolonialwaren-, Kohlen-, Schnittwarenhandel, eine Apotheke, ein Kinematographentheater, ein Café und eine Abteilung für Versicherungswesen. Der Ueberschuß betrug 358 376.56 Frank gegen 284 761.98 Frank im ersten Halbjahr 1907. Den größten Teil des Ueberschusses lieferte die Bäckerei, die einen Reinertrag von 256 810.98 Frank abwarf. Die Genossenschaft verbraucht für Medikamente und Heilmittel, die gratis an die Mitglieder abgegeben wurden, 44 278.78 Frank, außerdem verteilte sie für 12 330.58 Frank Brot an frange Mitglieder der Genossenschaft. Subventionen, worunter auch die Unterstützung politischer Bestrebungen fällt, erforderten 12 330.58 Frank.

Interessante Funde hat man in dem Westfälischen Steinbruch zu Westferrbach bei Westferrbach in Westfalen gemacht. Zwischen den oberen und unteren starken Grauwackeschichten liegt eine Mittelschicht, deren Struktur ganz anders geartet ist. Es ist ein granitartiges Gestein von bräunlicher Färbung. In diesen Felspartien sieht man zu Tausenden die Einbrüche von Muscheln in zuweilen wunderbarer Feinheit. Die gleichen Wahrnehmungen hat man auch an andern Stellen des Gebirgszuges gemacht. Das merkwürdige ist die eigentümliche Stellung dieser wahrscheinlich aus der Eiszeit stammenden Ablagerungen zwischen zwei Grauwackeschichten, von denen sie grundverschieden sind. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß zur Eiszeit der Westferrbach nicht das kleine Gewässer war, das er heute darstellt, sondern daß die Wellen eines breiten Stroms an den Klamm des jetzigen Gebirgszuges schlugen. Als dann die Wasser zurücktraten, blieben die Muscheln im Schlamm der Abhänge zurück; im Laufe der Jahrtausende versteinerten sie und eine neue Steinschicht bildete sich über dem ehemaligen meeresartigen Boden. So geben die mineralischen Funde Kunde aus grauester Vorzeit, als es bei uns wüst und leer war. Unter den Fundstücken befinden sich ganz prächtige Steine.

Glänzender Sieg. Am 18. Oktober fanden im schwarzen Osabrück die Wahlen zur Ortskrankenkasse statt. Die Christlichen agitierten in der bekannten Weise. Resultat: Die Christlichen erhielten 546, die Roten 886 Stimmen. Auch unsere Kollegen haben sich an der Wahlarbeit lebhaft beteiligt. Die klassenbewußte Arbeiterschaft in Osabrück kann auf den errungenen Sieg stolz sein.

Kongress der belgischen Steinarbeiter. Ein außerordentlicher Kongress der Steinarbeiterföderation Belgiens tagte am vergangenen Sonntag im Brüsseler Volkshaus. 27 Lokalorganisationen mit insgesamt 9064 Mitgliedern waren durch 50 Delegierte vertreten. Der Kongress war einem Beschlusse des jüngsten ordentlichen Kongresses entsprechend einberufen worden wonach alle Lokalorganisationen zur Gründung einer zentralen Streikliste und zur Anstellung eines Nationalsekretärs Stellung nehmen sollten, nachher werde dann ein außerordentlicher Kongress darüber einen verbindenden Beschluß fassen. Auf dem Kongresse zeigte sich ein ziemlich starker Widerstand gegen die vom Vorstand vertretenen Zentralisationsbestrebungen. Die Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften traten für die Zentralisation ein. Schließlich wurde die Zentralisation und die Anstellung eines bezoldeten Nationalsekretärs mit 4193 gegen 3861 Stimmen bei 1030 Stimmenthaltungen beschloffen. Mit der Beratung der Statuten des neuen Verbandes wurde der Kongress nicht fertig. Als monatlicher Beitrag wurden 50 Centimes (20 für die Verwaltungskosten 30 für die Streikliste) und 40 Centimes (15 für Verwaltungskosten und 25 für die Streikliste) vorgeschlagen. Darüber soll ein zu Weihnachten d. J. abzuhaltender Kongress endgültig beschließen, der dann auch den Nationalsekretär zu ernennen haben wird. — Die Steinarbeiterföderation war die letzte der großen Gewerkschaftsorganisationen Belgiens, die auf rein föderativer Grundlage beruhte. Auf diesem Kongress hat sie einen entscheidenden Schritt auf dem Wege der Zentralisation getan.

Gereingefallener kritischer Verleumder. Schon seit längerer Zeit wurden in Augsburg und Umgebung gegen den Geschäftsführer der Zahlstelle Augsburg des deutschen Metallarbeiterverbandes, Genossen Karl Bernthaler, Verleumdungen kolportiert, als habe er sich bei der Metallarbeiterausperrung 1905 von der Maschinenfabrik Augsburg „abdamieren“ lassen. Endlich ist es gelungen, einen dieser Verleumder in der Person des kritischen Agitators Franz Weiler in Hochhausen zu ermitteln und zur Rechenschaft zu ziehen. Auf erhobene Privatklage des verleumdeten Genossen Bernthaler wurde der wahrheitsliebende Gemeindeführer, der nebenbei auch das Amt eines Gewerbegerichtsbeisitzers bekleidet, vor dem Schöffengericht Friedberg zu 30 Mk. Geldstrafe eventuell 6 Tagen Gefängnis verurteilt. Weiler hat nicht einmal den Versuch gemacht, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten. Der als Zeuge vernommene Direktor der Maschinenfabrik Augsburg, Dr. Guagenheimer, erklärte bei seiner Vernehmung: „Es ist vollständig ausgeschlossen, daß Herr Bernthaler irgend etwas von der Maschinenfabrik je erhalten hat. Die Firma hatte dazu auch nie Veranlassung. Auch von anderen Fabriken hat Kläger nie etwas erhalten, wie ich mich durch persönliche Anfrage überzeugt habe.“

Quittung. Für die Familien der inhaftierten Kollegen des Wunschlackabietes gingen an freiwilligen Beiträgen vom 6. September bis 15. Oktober folgende Gelder ein:

Zahlstelle	Böblingen	15.—	Mk.
"	Frankfurt a. O.	9.—	"
"	Hamburg II	30.—	"
"	Birna	10.—	"
"	Grailsheim	10.—	"
"	Bremen (2. Rate)	3.—	"
"	Büchelberg	10.—	"
"	Herdecke	18.—	"
Zahlstelle	Schönfeld, Hamburg	10.—	"
Zusammen		115.—	Mk.

Insgesamt gingen bis zu obigem Endtermin von 174 Zahlstellen 2862,18 Mk. ein. Am 1. November wird die Sammlung geschlossen.

J. A.: Max Lohse, Würzburg, Wagnerplatz 7. II.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Verst. An die Zahlstellenvorstände des 1. Gaues! Wir müssen leider die Mitteilung an die Öffentlichkeit anlagern lassen, daß der Steinkner Gaukonferenzschluß nicht genügend beachtet wird. Er lautet: jedes Mitglied hat pro Jahr 10 Pa. besonders zu entrichten, damit auch die kleineren Zahlstellen Delegierte zur Gaukonferenz abordnen können. Die Kassierer unserer Gaubezirke werden deshalb freundlichst ersucht, uns die rückständigen Beiträge umgehendst zu senden.

Die Gauleitung des 1. Gaues. J. A.: Otto Hirte, N. 65, Utrechter Str. 2, IV.

Mannheim. Den Lokalverwaltungen des 8. Gaues hiermit zur gefl. Kenntnisnahme, daß während meines Aufenthaltes in Berlin (Unterrichtsurlaub) vom 2. November bis 12. Dezember 1908 der Kollege Arnold, Mannheim, Seidenheimer Straße 23, die Geschäfte führt und demzufolge alle Korrespondenzen an diesen zu richten sind. Franz Carfert, Rheinbäuer Straße 79.

Flö (Oberpfalz). Der Kollege Schmidt möchte mir doch seinen jetzigen Aufenthalt mitteilen. Georg Seidl.

Büchelberg. Der Granitsteinmetz Joseph Gasting, geboren am 17. Mai 1889 in Saderreuth (Verb.-Nr. 52682), wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegenüber der hiesigen Lokalfeste unverzüglich nachzukommen.

Kaver Machbörndl, Ortskassierer. Hamburg I. Die reisenden Kollegen haben sich, bevor sie um Arbeit umschauen, beim Kassierer Paul Gumbinger, Borstelmannsweg 155, III., vorzustellen. Die Ortsverwaltung.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 12 bis mit 17. Oktober.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Zimmern, B. 1.75; Sendal (Seau), 8.25; Rede, B. 418.—; Brandenburg, B. 100.85, M. 0.75; Grein, B. 32.20, E. 0.50, K. 2.30; Emmendingen, B. 92.—, M. 0.50; Göttingen, B. 1.2.—; Herfischdorf, B. 39.16, E. 4.—, K. 2.10, M. 5.50; Kirchheim, B. 184.—; Königshain, ? 197.15; Kiersteden, B. 230.—, M. 1.50; Kirchhufen, B. 630.—, E. 2.50, K. 5.40, M. 1.20; Lau an, B. 145.20, K. 0.60, M. 1.20; Vutter, B. 68.76, E. 0.75, K. 5.70, M. 0.90; Mühlhausen i. Thür., B. 94.80, E. 1.50, K. 10.70, M. 4.50; Marburg, B. 18.40, K. 0.90, M. 0.20; Pappenheim, B. 25.62, E. 0.50, K. 1.50; Rostock, B. 460.—; Rütten, B. 23.—, K. 2.—; Schmie, B. 133.—, E. 0.50, K. 3.—, M. 1.20; Strehle, B. 822.65, E. 13.—, K. 9.90, X. 0.50; Unten, B. 298.20, K. 17.10; Zwickliden, B. 40.74, K. 0.40, M. 0.20; Schopfloch, B. 89.30, E. 0.75, K. 6.10; Sebnitz, B. 133.14, E. 0.50, K. 4.30, M. 3.40; Weissenhaußen, B. 42.—; Rüders, B. 101.01, K. 1.30, M. 2.—; Ranbelsader, B. 198.72, E. 1.50, K. 5.40, M. 0.20, Ins. 1.80; Birna, B. 2205.30, E. 14.25, K. 97.50, M. 17.40; Pilgrams-

reuth, B. 143.64, E. 1.—, K. 12.—; Oberlungwitz, B. 28.12, K. 2.05, M. 1.40; Mittweida, B. 420.—, E. 6.25, K. 10.—; Lannan elb, B. 73.92, E. 0.50, K. 1.—, M. 0.20; Hildesheim, B. 115.—, K. 5.—; Hamburg I, B. 460.—, K. 20.—, M. 10.—; Grammel, B. 92.—; erlin I, K. 100.—; Alt-Warthau II, B. 18.25; Mühlhufe, Ab. 0.90; Vöbed, Ins. 2.40; Stamen, Ins. 1.80; Dziergowitz, B. 2.75; Herden, B. 4.50; Schmöln, B. 7.30; Driburg, B. 4.60; Verlachen, B. 5.55; Arnshorn, B. 4.50; Benig-Nachwitz, Ins. 1.—; Oberoberwitz, Ins. 10.—; Reichenitz, Ab. 0.90; Sor, B. 184.—, K. 3.90, M. 3.80; Schwäbisch-Hall, B. 68.—, K. 0.30, M. 2.—; Horta, K. 4.—, M. 0.50; Sauerbrunn, B. 7.14, E. 1.25, K. 1.70; Mühlhausen i. Gll., B. 368.—, E. 1.50, K. 20.—, M. 1.50; Mannheim, B. 322.—, E. 7.50, K. 8.—, M. 5.—; Steinen, B. 69.—; Wren (Wella), B. 1.40; Warten, B. 714.—, Ins. 2.40; Rappobding, B. 18.86, K. 1.50, M. 0.20; Neustadt a. S., B. 122.65, K. 0.90, M. 4.20; Kaverhimmer, B. 168.—, K. 3.30, M. 5.35; Karlsruhe, B. 46.—, K. 20.—, M. 2.—, Ins. 1.30; Heiningersfeld, B. 65.32, E. 4.—, K. 2.40; Frankfurt, B. 230.—, M. 8.—; Froberg, B. 2.10, K. 1.45, M. 0.20; Bürgow, B. 18.86, M. 0.10; Gorbura, B. 36.90; Stendal (Pöster), B. 11.55; Büchelberg, K. 7.50; Brück, M. 6.—; Gellenschen, B. 69.—; Gornmannsdorf, B. 92.—, K. 10.—, M. 1.45; Stoppelroed, B. 235.20, E. 12.—, K. 10.40; Oberwald, B. 230.—, E. 0.75, K. 0.60; Waldbörn, B. 84.—, E. 1.—, M. 0.20; Neuforg, B. 138.—, K. 2.—, M. 2.—; Sifferode, Div. 175.94; Halle, B. 114.54, E. 1.50, K. 1.20; Geirees, B. 231.—, M. 5.—; Berneck, K. 7.50; Aschfeld, B. 84.—, E. 6.—.

Adressen-Änderungen.

Börsch (Zahlstelle Lütchenbach). Vorf.: Wilhelm Glatt, Leichstraße 25. Raff.: Emil Zimmer, Leichstraße 39. Chemnitz. Die Reizeunterstützung wird während der Arbeitszeit auf dem Werkplatz Aurich, Gellertstraße, und nach Feierabend vom Kassierer Ludwig Scheibe, Zietzenstraße 7, I., ausbezahlt. Das Werklokal befindet sich in der Reichsstraße 7, Hainstraße 68. Radozell. Vorf.: Lombart Schäfer, Böhringer Straße. Raff.: Johann Fries, Werderstraße. Graßheim. Raff.: Georg Reinhardt, Altmünster, Kronprinzstraße 88. Alt-Warthau. Vorf.: Karl Schneider.

Büsch (Schweiz). Das Bureau des schweizerischen Steinarbeiterverbandes befindet sich nicht mehr in Habensstraße, sondern Bremgartenstraße 7, Büsch III. Auch befindet sich dort das International: Steinarbeitervereinsrat.

Briefkasten.

K. Kollegialisch ist es nicht, wenn man die getroffenen Dispositionen seines Amtsvorgängers derartig verkleinert. Damit soll natürlich die eigene Superfluität im glänzendsten Lichte erstrahlen. — Chemnitz. Die Berichterstattung aber nicht vernassen.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Demitz-Thumitz.

Dienstag, den 27. Oktober, abends Punkt 6 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Gasthof Neu-Schmöln.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Vortrag über: Versicherungsgesetze. 3. Gewerkschaftliches. Einen recht zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung

Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen. Jackets, Hosen

Emil Keidel, Hamburg 6

= Varietätsstraße 101 =

Sobelbandstahl in vorzüglicher Qualität = 15 x 0,38 mm =

Steinmeßbleistifte echt Rehbach'sches Fabrikat, rund u. flach

Steinmeßbesen harte und weiche, mit und ohne Griff

Steinmeßknüppel in prima Weißbuche und Chinaholz = hält zu billigsten Preisen bestens empfohlen

Max Muster, Eisenhandlung

Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.

Berlin I.

Sonntag, den 25. Oktober

Grosses Herbst-Vergnügen

in der Lebensquelle, Kommandantenstr. 20

bestehend in

Konzert, Theater, Tanz.

Mitwirkende: Berliner Sänger. Dir.: Kuppler-Gold. Die Musik wird ausgeführt durch Mitglieder des Zentral-Verbandes der Musiker.

Beginn des Konzerts präzis 5 Uhr.

Eintrittspreis für Herren und Damen 30 Pfg.

Die Kollegen der Filiale II sind freundlichst eingeladen.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Das Vergnügungskomitee.

Heinrich Tauch, Oberoderwitz, Sa.

empfiehlt den deutschen Steinarbeitern seine bewährten

Doppel-Lederhosen

rei ins Haus 5 Mk. à Paar, in weiß, silbergrau und braun. Angabe der Schrittlänge und Buntweite genügt für guten Sitz. Ein Probeversuch führt zu dauernder Verbindung.

Handschleifer

werden noch eingestellt.

Gothaer Granitwerke, Gotha.

Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Hartwerk

Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende gratis. Lieferung sofort!

Steinhauer und Schleifer

sucht Oberschlesische Zement-Industrie in Dziergowitz.

Zehn tüchtige

Pflasterstein-Schläger und -Richter (Putzer)

für lohnende Arbeit per sofort gesucht.

Gemit- und Granit-Werke Groß-Bieberau

im heffischen Odenwald.

Neueste größte Kinderwagenfabrik

Sachsens und einzige deutsche, welche direkt mit Familien arbeitet u. umsonst buntfarb. Prachtkatalog Ihnen sendet, ist

Julius Tretbar, Grimma 627.

Gestorben.

In Raumburg a. S. der Kollege Gottlieb Reinhardt, 52 Jahre alt, an Magenkrebs.

In Birna am 1. Oktober der Kollege Richard Morbe, 30 Jahre alt, an Stillpfeifenbruch.

In Vorfendorf (Zahlstelle Birna) am 10. Oktober der Kollege Gustav Lind, 41 Jahre alt, an Magenkrebs.

In Wunschlack am 11. Oktober der Kollege Ewald Schiller, 24 Jahre alt, an Lungenemphysem.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Zur Eröffnung des Reichstags.

In wenigen Tagen, am 4. November, öffnen sich die Pforten des Reichstags, um die Ausgewählten aufzunehmen, die über das Wohl und Wehe des Volkes raten und beschließen sollen.

Ernstere Zeiten sind es, in denen diesmal der Reichstag zusammentritt. Die wirtschaftliche Depression lastet schwer auf der Bevölkerung Deutschlands und namentlich auf den Arbeitern. Laut ertönt überall der Ruf: „Brot und Arbeitsgelegenheit!“ Die Preise der Lebensmittel, auch die der Wohnungen, der Kleidung und anderer Lebensbedürfnisse haben eine Höhe erreicht, die bisher bei uns unbekannt war. Infolge der Absperrung unserer Grenzen gegen die Zufuhr preiswerter Lebens- und Futtermittel ist die rationelle Ernährung der minderbegüterten Volksschichten mancherorts eine Unmöglichkeit. Die Arbeiterfamilien mit Löhnen von 12 bis 20 Mark, und die sind gar nichts seltenes, auskommen, ist einfach rätselhaft. Viele haben nicht einmal diese unzureichende Einnahme, sondern leiden schon wochen- und monatelang unter Arbeits- und Verdienstlosigkeit.

Schafft der kommende Reichstag in dieser Beziehung Wandel? Ist Aussicht vorhanden, daß wir billigeres Brot erhalten, daß die Grenzen für Lebensmittel geöffnet werden? und vor allen Dingen, daß die Tausende Arbeitsloser Beschäftigung und Verdienst finden? Leider nein! Dem Reichstag fällt es gar nicht ein, das Volk von seinen drückenden Lasten zu befreien, ihm eine menschenwürdige Existenz, ein geregelter Auskommen zu schaffen. Die Fürsorge für die Arbeitslosen überläßt man, soweit überhaupt an eine solche gedacht wird, den Kommunen. Diese können aber durchgreifende Maßnahmen kaum unternehmen, da ihnen hierfür meist die gesetzlichen Handhaben fehlen. Leider bleiben viele Städte noch weit hinter den Grenzen zurück, innerhalb welchen sie ihren sozialpolitischen Eifer bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen beweisen können. Aber die zuständige Stelle zur Inangriffnahme wirklich ernsthafter Maßnahmen ist und bleibt die Reichsregierung und der Reichstag. Hier hat man aber für solche Aufgaben keine Zeit, denn es müssen Mittel beschafft werden, die in erster Linie wieder dem unerfülllichen Militarismus und Marinismus zufallen.

Der Hauptberatungsgegenstand der kommenden Session wird die „Reformierung der Finanzen des Deutschen Reichs“ bilden, wie man den neuen Raub auf die Taschen der deutschen Bevölkerung so schön nennt. Ueber das Wie dieser Reformierung ist in den letzten Wochen und Monaten viel geredet und geschrieben worden. Mit schönen, glatten Worten sucht man dem Volk schmachhaft zu machen, daß die neuen Forderungen gerecht und notwendig sind. Doch die Arbeiter wissen genau, daß alle diese Reformierungen Glückwerk sind und daß es besser wäre, die unsinnigen Ausgaben für Militär und Marine aufzugeben oder wenigstens stark einzuschränken. Mehr als die Hälfte sämtlicher Reichseinnahmen werden ja allein von dem Moloch Militarismus verschlungen. Anstatt damit und außerdem mit dem System der ungerechten Steuern und Zölle zu brechen, sucht man die vorhandene Finanznot durch neue, die breite Masse bedrückende Lasten und Steuern zu beheben. Diesmal hat man es namentlich wieder auf Bier, Branntwein und Tabak abgesehen, ferner soll eine Licht- und Inkeratensteuer, eine Weinsteuern und eine Nachlasssteuer den so sehr benötigten Mammon aufbringen.

Daß die Bülowmajorität der geplanten Finanzreform, mitamt den dafür in Aussicht genommenen Steuern, die in jedem andern Parlament den schärfsten Widerstand und die vernichtendste Kritik finden würden, zustimmt, kann heute schon mit ziemlicher Bestimmtheit gesagt werden. Zwar sind sich die Herren von der Majorität noch nicht einig darüber, welche Arten von Steuern dem deutschen Volk diesmal aufgehäuft werden sollen, aber bei ihrem Eifer, der Regierung zu Willen zu sein, wird die Einigkeit bald hergestellt sein. In diesem Bewilligungseifer wird auch die Zentrumsopposition hinter dem Bülowblock

nicht zurückstehen. Keine einzige Partei, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, versucht es ernstlich, das Volk vor den durch die Politik der starken Faust entstandenen Lasten zu schützen. Aber diese ist in der Minorität. Ihre Proteste und Warnungsrufe werden ignoriert, und die bürgerlichen Parteien würden die Besitzlosen noch stärker belasten, wenn sie nicht befürchteten, daß dadurch die Sozialdemokratie weiter anwachsen könnte.

Um den Schein zu wahren, sind bei der diesmaligen Finanzreform auch direkte Steuern vorgeschlagen worden. Da die Blokmehrheit des Reichstags aber von der Ausgestaltung der Erbschaftsteuer und der Einführung einer Reichsvermögens- und Einkommensteuer nichts wissen will, bleibt die Aufbringung der verlangten Mittel schließlich doch an den geplanten neuen indirekten Steuern hängen.

Ueber die Erledigung der Finanzreform und vielleicht noch des Beamtenbesoldungsgesetzes wird der Reichstag in der kommenden Session jedenfalls nicht hinauskommen. Es ist ganz unnötig, daß die Kapitalistenpresse, voran die Post immer und immer wieder mehr Ruhe in der Sozialpolitik empfiehlt. In nächster Zeit ist nicht daran zu denken, daß auf diesem Gebiet vom Reichstag praktische Arbeit geleistet wird. Es liegen wohl eine Reihe sozialpolitischer Entwürfe vor, wie die Novelle zur Gewerbeordnung, worin der Arbeiterschutz eine Erweiterung und die Heimarbeit eine Regelung erfahren sollen. In Vorbereitung ist der große Kreis der Arbeiterversicherungsstellen betreffende Entwürfe. Hier steht im Vordergrund der Entwurf über die Vereinheitlichung des Versicherungsrechts, dem sich anschließen die Krankenversicherungsreform und die Arbeiterwitwen- und Waisenversicherung, die nach dem Vollzugsgebot von 1902 bis zum Beginn des Jahres 1910 gesetzlich geregelt sein soll. Letzterer Entwurf soll ja Blättermeldungen zufolge dem Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden. Mag sein! Auch die Gewerbeordnungs-Novelle und verschiedene andre Entwürfe sind dem Reichstag vorgelegt, aber zur Beratung sind sie alle bis jetzt nicht gekommen.

Und doch hat die Arbeiterschaft so dringende und notwendige Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet. Wenn wir nur die dringendsten nennen, gibt das schon eine lange Stufenleiter. Es fehlt vor allem an einem Ausbau der Koalitions-Gesetzgebung, an einer Sicherung und Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften, am Schutz der Bau- und Bergarbeiter, an Fachgerichten für ländliche Arbeiter, reichsgesetzlicher Regelung des Wohnungswesens. Ferner sind Handelsinspektoren, Reichsarbeitsämter und ein Schutz der Privatbeamten notwendig, die Abschaffung der Konkurrenzklause und Erfinderschutz für Arbeiter und Angestellte ist geboten usw. usw.

Das ist nur ein Teil der Wünsche und Forderungen, die die Arbeiter glauben an einen Kulturstaat erheben zu können, der ja Deutschland sein will. Alle diese Wünsche oder Forderungen können aber nicht zur Behandlung kommen, da es dem Reichstag an Zeit dazu fehlt. Das Arbeitsquantum, das allein an formulierten Entwürfen vorliegt, ist ungeheuer. Die Anhäufung des Stoffs rührt von den kurzen Tagungen her, die das Parlament hat. Unter allen europäischen Parlamenten dürfte das deutsche dasjenige sein, das die kürzeste Zeit beisammen ist. Unsere Regierung will eben durch parlamentarische Mitarbeit möglichst wenig gestört sein. Es ist ein Zeichen für die Willenlosigkeit und Ohnmacht des Reichstags, daß er sich dieser Zurücksetzung ruhig fügt, obwohl eine Reihe Mittel vorhanden ist, längere Tagungen zu erzwingen. Aber die Majorität des Reichstags will diesen Absolutismus, will das Parlament möglichst ausgeschaltet wissen. Mehr und mehr wird es zu einer reinen Bewilligungsmaschine und seiner eigentlichen Aufgabe, der Kontrolle der Regierungstätigkeit und der Betätigung seiner Initiative, beraubt.

Nur die Sozialdemokratie setzt diesem Beginnen Widerstand entgegen und läßt sich an der Ausübung seiner Pflicht, Kritik zu üben, nicht stören. Jedoch kann sie die Entwicklung, die dahin geht, den Schwerpunkt der Entscheidungen immer mehr aus dem Parlament in die Re-

gierung zu verlegen, nicht hindern. Um so mehr haben die Arbeiter die Aufgabe, sich nicht auf den parlamentarischen Kampf allein zu verlassen. Die Parlamentszeit ist zu kurz, der Einfluß des Parlaments zu gering.

Zimmer mehr muß es unser Ziel sein, durch unabhängige Agitation, durch Aufrüttelung der Indifferenten unsere Macht zu stärken. Dann werden wir den Parlamentstagungen mit mehr Ruhe entgegensehen, als das heute der Fall ist.

Aus dem Bericht der sächsischen Gewerbeinspektion.

Der Bericht für 1907 enthält manches Beachtenswerte aus der Steinindustrie. Wir haben die Meinung, daß nun auch die sächsischen Berichte etwas mehr die realen Tatsachen enthalten und man sich nicht mehr vor früher mit schämigen Andeutungen begnügt. Für den Sozialpolitiker und Gewerkschafter sind geschminkte Berichte natürlich wertlos. Hoffentlich wird in Zukunft die Berichterstattung noch besser. Wir würden eine solche Tatsache mit Freuden konstatieren. Das Bild, welches sich im Bericht für unsere Kollegen widerspiegelt, ist allerdings ein recht trauriges.

Beginnen wir gleich mit einem betrübenden Kapitel, der Alkoholbegünstigung durch Unternehmer. Endlich haben wir es schwarz auf weiß, was wir so oft, natürlich nicht ohne Widerspruch der Unternehmer, behaupteten. Auf Seite 70 heißt es wörtlich:

„In Steinbruchbetrieben hatten die Inspektionsbeamten oft Gelegenheit, Unmäßigkeit im Alkoholgenuß zu beobachten. Leider wird die Unmäßigkeit dadurch gefördert, daß einzelne Steinbruchbesitzer die Kantinen ihrer Steinbrüche an Unternehmer verpachten.“

Diese Art kapitalistischer Fürsorge bringt den Steinbruchunternehmern noch nebenbei einen schönen Bagen Geld. Sie sind ja indirekt daran interessiert, daß recht viel — gefossen wird. Man mag uns diesen Ausdruck entschuldigen, aber in Wirklichkeit werden die Kantinenmieten sehr hoch geschraubt; der Unternehmer will Profit sehen; er hat also ein Interesse daran, wenn recht viel getrunken wird. In der Nähe von Leipzig, im Meusdorfer Steinbruchgebiet, gehen jetzt die Unternehmer daran, schön eingerichtete Kantinen erstehen zu lassen; die Arbeitsstunden spotten dagegen aller Beschreibung. Die Methode, die jetzt von vielen Unternehmern getreulich verfolgt wird, ist also schlechte Werkstätten, die nur äußerst selten gereinigt werden, und gute Kantinen.

Der Revisionsaufsicht der Fabrik- und Gewerbeinspektion unterstehen 741 Betriebe mit 15 241 Arbeitern. Unter den Betrieben sind zu verstehen: Steinbrüche, Steinhauereien und die Betriebe, in welchen verschiedene Steinmaterialien verarbeitet werden. Insgesamt wurden in der sächsischen Steinindustrie sogar 453 Frauen beschäftigt. In Wirklichkeit dürften es sogar mehr sein. Es ist bekannt, daß die Unternehmer mit den Arbeiterfrauen, besonders in der Granitindustrie, Verträge abschließen. Die Frauen übernehmen dann das Knackschlagen außerhalb der Steinbrüche im Abbau.

Die Gewerbeinspektionen sehen erfreulicherweise mit großem Bedacht darauf, daß die Unternehmer das Verbot wegen der Frauenarbeit respektieren. Die Behörden mußten gegen 57 Unternehmer einschreiten; es wurde gefordert, daß 329 Frauen die Steinbrucharbeit zu unterlassen hätten. Von den 57 Unternehmern wurden allerdings bloß 13 bestraft, die übrigen 44 gingen also strafflos aus. Wir dürfen als feststehend annehmen, daß trotz des energischen Eingreifens der Beamten die Frauenarbeit nicht stark nachgelassen hat. Wir sind insbesondere auf den Bericht für 1908 gespannt.

In Weizen zum Beispiel wurden zwei Arbeiterinnen zu je 20 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie Arbeiterinnen zum Knackschlagen verwendeten. Das Strafmaß kann nicht als zu hoch bezeichnet werden.

Mietstafelnen.

Im Bezirk Bautzen ist eine Mietstafelne besonders erwähnenswert; sie ist für 240 Personen eingerichtet, der Kostenaufwand beträgt 63 000 Mark. Das Gebäude enthält einen Speisesaal, 11 Schlafräume, 2 Waschräume, 1 Waderaum mit 5 Frauen, 1 Küche mit 2 Dampfkochstellen. In dem Gebäude wohnen meist Schotterwerksarbeiter. Wir gehen kaum fehl, wenn wir annehmen, daß größtenteils ausländische Arbeiter in Frage kommen. — Daß die Arbeiter, die in der Mietstafelne wohnen, dem Werke förmlich ausgeliefert sind, steht außer allem Zweifel. Denn diese Art soziale Wohnungshygiene ist schon genügend praktisch anderweitig erprobt worden.

Die Beelitzer Lungenheilstätten der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Wie für den in Washington stattfindenden Tuberkulosekongress hat die Landesversicherungsanstalt Berlin eine Denkschrift über ihre Lungenheilstätten in Beelitz ausgearbeitet, die einen interessanten Einblick in die großartigen Einrichtungen dieser bedeutendsten Lungenheilstätte Deutschlands gewährt. Die Beelitzer Heilstätten erheben sich auf einem 140 Hektar großen Gelände, das von Eisenbahn und Chauffee, die sich innerhalb desselben rechtwinklig kreuzen, in vier Teile zerlegt wird. Auf zweien davon liegen die eigentlichen Heilstätten, für Männer und Frauen getrennt, auf den andern beiden die Sanatorien für chronisch Kranke. Je zwei und zwei bilden in bezug auf Verpflegung, Wäschereinigung und ärztliche Behandlung einheitliche Betriebe.

Die Einrichtungen sind für 1800 Betten berechnet, wovon jedoch erst 1200 (900 in den Heilstätten und 300 in den Sanatorien) in Benutzung genommen sind. Im ganzen bestehen die Anlagen aus 44 Gebäuden. Außer den der eigentlichen Heilbehandlung dienenden Pavillons, den Riege- und Wandelhallen, der Zentralbadanstalt, die allein fast ¼ Millionen Mark gekostet hat und den Wohnhäusern der Ärzte und des Personals seien hier genannt: Die Desinfektionsanstalt, das Kochkuchengebäude mit einem besonderen Kellerhaus, das Waschkuchengebäude, das Bäder- und Schlächtereigebäude, die Regelhalle, drei Pumpenhäuser, das Kessel- und Maschinenhaus, das Werkstättengebäude, die Stallungen und Remisen, die Straße und das Posthaus.

Zur Behandlung der Kranken sind angestellt 18 Ärzte, 21 Schwestern, 22 Wärter und 14 Wärterinnen. Außerdem ist noch für Verwaltung, Koch- und Waschküche, Schlächtereier, Bäderei usw. ein Personal von 150 Köpfen vorhanden. Folgende Zahlen geben einen kleinen Begriff von dem gewaltigen Wirtschaftsgetriebe der Niesenanstalt. In der Waschküche werden jährlich 1 800 000 Wäschestücke gereinigt, für die das Reinigungsmaterial durchschnittlich ¼ Pfg. kostet. Das Stopfen der

Strümpfe wird mittels Maschinen besorgt, auf denen jährlich etwa 30 000 Paar ausgebeßert werden. Die Kosten betragen ca. ¼ Pfg. pro Paar. Eine eigene Eismaschine erzeugt im vergangenen Jahre 180 000 Kilogramm Eis. Selterswasser wird gleichfalls im eigenen Betrieb für 0,7 Pfg. die Flasche hergestellt, die früher mit 5 Pfg. von auswärtig bezogen wurde. Es bedeutet dies bei einem Jahresverbrauch von 130 000 Flaschen also eine Ersparnis von 5599 Mark. In der Bäderei stellt ein Werkmeister mit zwei Gesellen täglich etwa 110 Brote à 3 Kilogramm, 1700 Milchbrote, 800 Wassersemmeln, 140 Anmüppel und verschiedene Spezialgebäcke, wie Zwieback, Schrotbrot usw. her. Die Schlächtereier ist erst seit Mitte dieses Jahres in Betrieb; es sind in ihr ein Werkmeister, 2 Gesellen und ein Hausdiener tätig. Einmal wöchentlich kaufen Oberinspektor und Werkmeister auf dem Zentralviehhof in Berlin lebendes Vieh ein, das auf dem Schlachthofe geschlachtet wird.

Ueber den Umfang des Heilverfahrens macht die Denkschrift folgende Angaben. Im Jahre 1897, in dem die Einrichtung geschaffen wurde, wurde das Heilverfahren für 375 Männer und 65 Frauen mit einem Kostenaufwand von rund 150 000 Mark durchgeführt. 1907 war die Zahl der behandelten Männer auf 5192, die der Frauen auf 2393 gestiegen, während die Kosten sich auf über 12¼ Millionen Mark vermehrt hatten. Es genügen demnach gegenwärtig etwa 1½ Prozent der versicherungspflichtigen Bevölkerung Berlins jährlich den Vorteil einer Heilstättenbehandlung. Daß die damit verbundenen Aufwendungen nicht umsonst gemacht werden, geht daraus hervor, daß im Jahre 1897 auf je 100 Behandlungsfälle bei Männern 30 und bei Frauen 27 erfolglose Kuren kamen, im letzten Jahre aber nur noch 11 resp. 6. Von 79 mit Erfolg behandelten Männern aus dem Jahre 1897 waren 10 Jahre später noch 36, also fast die Hälfte erwerbsfähig, so daß ein großer Teil der von ihnen verursachten Kosten durch ihre Versicherungsbeiträge wieder hereingebracht wurde. Zieht man ferner noch den Gewinn an nationaler Arbeitskraft, die Ersparnis der Gemeinde an Unterstützungsgeldern für Witwen und Waisen in Betracht, so kommt man zu dem Schluß, daß auch vom rein volkswirtschaftlichen Standpunkt aus — vom menschlichen ganz zu schwei-

gen — die Heilstättenbehandlung sich rechtfertigt und die gerachten Opfer lohnt.

Leider können trotz der großen Ausdehnung des Heilverfahrens noch lange nicht alle Aufnahmeanträge berücksichtigt werden; etwa die Hälfte der Antragsteller muß wegen zu weit vorgeschrittener Krankheit zurückgewiesen werden. Von diesen findet freilich noch ein größerer Teil in den Waldberolungsstätten Aufnahme; andern kommen die Auskunfts- und Fürsorgestellen für Tuberkulose zugute. Unter den vorbeugenden Maßnahmen gegen die Tuberkulose ist ferner noch die von der Landesversicherungsanstalt gewährte Zahnpflege, für die ein eigenes zahnärztliches Institut errichtet ist, zu nennen. In Aussicht genommen ist die Schaffung einer Beobachtungsstation, die einer möglichst sorgfältigen Auslese der in die Lungenheilstätte aufzunehmenden Personen dienen soll, und die Schaffung einer Station für spezielle Tuberkulinbehandlung.

Die Bereitstellung von Staatsmitteln zur weiteren Ausdehnung derartiger Anstalten, damit immer mehr Personen des Segens einer Heilstättenbehandlung teilhaftig werden können, wäre jedenfalls eine würdigere Kulturaufgabe als der Bau neuer Panzergeschiffe und Kanonen.

In Reih' und Glied.

Von Friedrich Rückert.

Stell' dich in Reih' und Glied, das Ganze zu verstärken, Sag auch, wer's Ganze sieht, dich nicht darin bemerken. Das Ganze wirkt, und du bist drin mit deinen Werken. Stell' dich in Reih' und Glied und schare dich den Scharen; Und teilst du nicht den Ruhm, so teilst du die Gefahren. Wird nicht der Musterer den Einzelmann gewahren, Mit Lust doch wird er sein vollzählig seine Scharen. Damit im Langenwald nicht fehlet eine Lanze, Geh deine Fein und sei gefast auf jede Gänge. Sei nur ein Blatt im Kranz, ein Ring im Ringelkranz, Fühl' dich im ganzen Gang und ewig wie das Ganze.

Auf Seite 48 ist ein Mietvertrag abgedruckt. § 3 lautet lakonisch: „Kündigt ein Mieter seine Arbeit oder wird ihm dieselbe gekündigt, so gilt diese Kündigung auch gleichzeitig für die Wohnung. Wird ihm nur die Wohnung gekündigt, so hat er dieselbe innerhalb 14 Tagen zu räumen.“ Solche Verträge spotten natürlich aller Befreiung. Ist es denn möglich, daß sich ein verheirateter Arbeiter innerhalb 14 Tagen eine andere Wohnung verschaffen kann? Der Passus, in 14 Tagen aus der Wohnung geworfen werden zu können, stopft den Arbeiter von selbst den Mund. Der Unternehmer mit seinen Maßnahmen, die Leute auf diese Weise in Schach zu halten, kann glänzend triumphieren.

Firmen in der Steinindustrie, welche Mietkafnern errichtet haben, sind folgende im Bericht verzeichnet: J. L. Lehmann in Oberlaina, C. G. Kunath in Demitz-Thumitz, C. Falbach in Bernbrunn, A. Eberth u. Co. in Altenhain, Alfred Fiedler in Weucha, Bruno Pfeiffer in Weucha, Gustav Hartwig in Weucha.

Die Steinbrücheindustriellen kommen also genau auf dieselben Mittel, wie die Textil- und Glasfabrikanten.

Im Dresdener Bezirk wird festgestellt, daß die Steinindustrie gegen das Vorjahr 60 Betriebe weniger zählt. Es wird dadurch unsere Darstellung über das Elbsandsteingebiet (siehe Leitartikel Nr. 38) völlig bestätigt. Besonders fällt uns auf, daß im Dresdener Bezirk die Steinbrüche und Steinhauereien wenig revidiert werden. Von 90 Anlagen wurden bloß 27 kontrolliert.

Festgestellt wird, daß die Steinmengen in Dresden und Leipzig seit zwei Jahren den Nachfrundenlag erlumpft haben. Die Erfolge der Gewerkschaftsorganisationen sind nun doch nicht mehr ganz zu verschweigen. Ein Meister in der Nähe von Freiberg ließ noch 11 Stunden arbeiten; es mußte behördlicherseits dagegen eingeschritten werden.

Der Bericht nimmt auch auf den Meißener Kampf Bezug. Es wird unerklärlicherweise von einem Streik gesprochen; es müßte auch der Gewerbeinspektion bekannt sein, daß es sich um eine perfekte Aussperrung handelte. Ueber das Programm der Selben bei der Firma Köhler wird folgendes berichtet:

„In einem Granitwerk in Meißen (bei Köhler) hat sich eine freie (1) Vereinigung von Steinarbeitern gebildet, die nach den Satzungen ihren Mitgliedern einen wirksamen Rechtsschutz (1) sowie moralische und finanzielle Unterstützung bieten will. — Der Verein verurteilt den Streik insoweit, als er herausfordernd ist, und erkennt ein Streikrecht nur an zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen und zur Abwehr unbilliger Maßregeln des Arbeitgebers. Demgemäß soll zu einem Streik erst dann geschritten werden, wenn der Vereinsvorstand nach Gehör des Arbeitgebers und der Arbeitnehmer eine gültige Einigung als ausgeschlossen halten muß.“

Was die Selben als ihr Programm aufstellen, ist geradezu lächerlich. Von Streik kann doch bei ihnen schon deshalb keine Rede sein, weil sie selbst Arbeitswillige waren. Und für was den Rechtschutz? Sie sind doch mit der Firma R. unigentlich befreundet gewesen. — Nun, die „gelbe Herrlichkeit“ in Meißen ist verschwunden, in dem Werke, das jetzt unter Zwangsverwaltung steht, haben sie ihre Rolle endgültig ausgespielt.

Im Bezirk Wurzen waren zum Zwecke der Unfallverhütung 577 Anordnungen zu treffen; davon fielen auf die Steinindustrie allein 242. Ein solches Vorgehen unternehmerseits gegen die Unfallvorschriften ist einfach unerhört.

Eine lobende Anerkennung des Arbeitersekretariats zu Leipzig finden wir auf Seite 195. Es heißt dort: „Mit Vorliebe bedienen sich die Arbeiter bei dem Anbringen von Klagen der Vermittlung des Arbeitersekretariats und der Gewerkschaften. Es hat dies für die Aufsichtsbeamten den Vorteil, daß im wesentlichen nur begründete Beschwerden vorgebracht werden.“ Unser Bezirksleiter in Wurzen wird allerdings mit einem kleinen Wischer beehrt; denn es wird gesagt: „So wandte sich der Vertrauensmann der organisierten Steinarbeiter im Bezirk Wurzen an die Inspektion, um Beschwerden vorzubringen. Die vorgenommenen Revisionen ergaben, daß diese nur teilweise begründet waren.“ (1) Wie kommt es denn aber, daß in den Wurzener Steinbrüchen 242 Verstöße gegenüber den Unfallvorschriften zu verzeichnen waren?

Der Bericht zeigt im allgemeinen mit großer Deutlichkeit, daß es in den Steinbrüchen noch sehr schlecht bestellt ist. Unsere Verbandsfunktionäre tun gut, die Verstöße unerbittlich den Gewerbeinspektionen mitzuteilen. Die Gewerkschaftsversammlungen müssen weiter dazu benutzt werden, um die Kollegen selbst dafür zu gewinnen, daß sie in ihrem ureigensten Interesse handeln, wenn sie auf die Innehaltung der Arbeitsschutzvorschriften bringen.

Hus dem Jahresbericht der Gewerbe-Aufsichtsbeamten für Elsaß-Lothringen 1907.

Für Elsaß-Lothringen bestanden bisher drei Gewerbeinspektionen: Straßburg, Mülhausen und Metz. Nun ist für den Elsaß noch eine neue Gewerbeinspektion errichtet worden mit dem Sitz in Zabern. Dieser sind unterstellt die Kreise Zabern, Molsheim und Schlettstadt. Eingaben aus diesen Kreisen sind demnach nicht mehr nach Straßburg, sondern nach Zabern an den Gewerbeinspektor Herrn S. Morel zu machen. Dies besonders den Kollegen für die Zukunft zur Notiz.

Der Gewerbeinspektionsbericht für Elsaß-Lothringen erscheint leider immer sehr spät. Der Bericht für 1906 hatte noch 165 Druckseiten enthalten, der für 1907 ist auf 149 Seiten zusammengeschrumpft. Für die in der Steinindustrie Beschäftigten bietet der Bericht bedauerlicherweise wenig Nennenswertes.

Aus dem Statistischen ist zu bemerken, daß das Baugewerbe einen starken Zuwachs erfahren hat, insbesondere sei auf dem Lande die Baukunst eine größere. Bemerkenswert sei, daß speziell in Straßburg eine starke Bautätigkeit besteht.

In vier Steinbrüchen bzw. Steinhauereien wurde eine Arbeitszeit von 11 statt 9 Stunden ermittelt. (Und die Strafe?)

Bei „Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen und sonstiges“ heißt es im Bericht: Zu besonderen Beanstandungen und zum Einschreiten gab der überaus mangelhafte, gefährliche Abbau der Grubenwände und des Abbaus in fünf Steinbrüchen Anlaß. Auch hier begegnete der Beamte bei seinen Anordnungen nicht selten häufigem Widerspruch seitens der Arbeiter; nicht nur bei den im Afford beschäftigten, sondern auch bei denen, die im Stundenlohn arbeiteten. Werben sie bei der Arbeit an unterhöhlten Wänden betroffen, so wenden sie regelmäßig ein, sie seien alte Steinbrecher; ihnen sei noch nie etwas passiert; die Wände ständen schon lange; diese seien hart und fest usw. In einigen Steinbrüchen gab ebenfalls das Fehlen von Unterlunkträumen zur Beanstandung Anlaß. (Und auf den Steinhauerplätzen?)

Aus dem Bericht für Ober-Elsaß ist zu bemerken: Zu Beanstandungen gegen § 105 c Absatz 1 der Gewerbeordnung wurden festgestellt in einem Steinbruch. Die bei dem Brechen der Steine am Pfingstmontag-Nachmittag angetroffenen Arbeiter beriefen sich, wie ihr Arbeitgeber, darauf, daß auch in andern, in der gleichen Gemeinde gelegenen Steinbrüchen, darunter auch in denjenigen des Bürgermeisters, am Vormittage gearbeitet worden sei, und auch am Ostermontag, wenn das Wetter günstig sei, gearbeitet werde.

Daß sich unsere Kollegen gegen die Zumutung, am Sonntage zu arbeiten, nicht wehrten, ist uns denn doch nicht leicht fasslich. Wir leben doch nicht in Rußland, daß man die Arbeiter mit der Rute peitschen kann.

Bei „Gesundheitschädliche Einflüsse“ heißt es: Wegen borsäurehaltiger Beschaffenheit des Unterlunktraumes wurde

ein Steinhauermeister zu 3 Mark (!) Geldstrafe verurteilt. In der Beschaffenheit dieser Räume ist in der Steinhauerei eine Besserung zu verzeichnen.

Zu bemerken ist noch, daß bei den Arbeitern in unterirdischen Steinbrüchen im Elsaß der tägliche Durchschnittslohn 1906 2.60 Mark betrug, 1907 aber nur 2.45 Mark. (Auch in Straßburg sind ja die Steinhauerlöhne gesunken.)

Daß die kürzere Arbeitszeit nicht allen Arbeitern genehm ist, konnte häufig wahrgenommen werden; so z. B. in den Steinbrüchen und Steinhauereien, wo die Arbeiter nur zu oft aus freiem Willen die zum Schutze ihrer Gesundheit gesetzlich vorgeschriebene Maximalarbeitszeit überschritten und dem revidierenden Beamten in dieser Beziehung unrichtige Angaben machten. (Sehr traurig.)

Durch Einbruch einer Wand beim Unterhöhlen in einem Steinbruch und beim Ausschachten eines bis 4 Meter tiefen Grabens sind zwei Arbeiter ungetötet. Zwei Steinbruchbetriebe mußten des gefährlichen Abbaus wegen geschlossen werden. Wie lange mag aber in diesen Steinbrüchen der Betrieb aufrechterhalten worden sein, ehe die Behörde eingriff? Wahrscheinlich, wenn die Steinbrüche nicht richtige Menschenfallen gewesen sein würden, dann wäre sicherlich bedeutend milder vorgegangen worden. J. K.

Hamburg I.

Im nachfolgenden will ich versuchen, den Kollegen einen Ueberblick über die Zustände in Hamburg zu geben. Wenn man glaubt, in Hamburg bei dem anscheinend hohen Lohn ist alles auf Rosen gebettet, so ist das falsch. Nachdem unsere Lohnbewegung ein so schnelles Ende fand, weil die Unternehmer mit einer allgemeinen Bauaussperrung drohten, dachte man allgemein, daß mit den getroffenen Beschlüssen seitens der Innung und uns die Sache geregelt wäre. Aber weit gefehlt. Es wurde eine Zulage von 5 Pfg. pro Stunde für diejenigen zugesprochen, welche im Meisterlohn am Bau arbeiten. Für die Allgemeinheit sollte die Zulage von 5 Pfg. erst dann eintreten, wenn die Baudeputation sich bereit erklärte, bei staatlichen Regearbeiten diese Erhöhung anzuerkennen. Doch die Baudeputation, mit Ausnahme der Eisenbahnverwaltung, lehnte die Erhöhung ab. Unsere Vorstellung bei der Innung hierauf zeitigte, daß der Vorsitzende der Fachabteilung erklärte: „Die Baudeputation befindet sich in einem Irrtum, wenigstens in einer falschen Auffassung der Eingabe von 1906.“ Die hierauf erfolgte zweite Eingabe wurde ebenfalls seitens der Baudeputation abgelehnt. Um die Sache nun zu beschleunigen und die Mißgeburt von zweierlei Lohn aus der Welt zu schaffen, übergaben wir die ganze Materie unserem beherrschten Bürgergeschäftsmitglied, Genosse Stolten. Wir warten also noch auf Regelung.

In letzter Zeit ist nun eine Umwälzung eingetreten dadurch, daß es den auswärtigen hier konkurrierenden Firmen gelungen ist, für längere Zeit festen Fuß zu fassen. Die beiden größten Bauten, welche zurzeit in Arbeit sind, Oberlandesgericht und Steuerkasse, sind der Gesellschaft Kaisersteinbruch übertragen. Ebenso hat die Firma Hüttich aus Wittenberg a. M. größere Aufträge übernommen. Uns kann es nun gleich sein, welcher Firma die Ausführung der Arbeiten übertragen wird. Die Arbeit wird von beiden Interessenten doch fix und fertig aus den Brüchen bezogen. Uns kann es aber nicht gleich bleiben, daß das Versehen der Werkstücke am Bau, welches sozusagen unsere einzige Arbeit noch ist, uns auch noch durch die Manipulationen der auswärtigen Firmen entzogen wird, indem man versucht, und teilweise mit Erfolg, auswärtige Leute hierherzuführen. Wir eruchen daher alle Kollegen, bevor sie nach Hamburg dirigiert werden, sich erst über die augenblickliche Lage zu orientieren. In erster Linie eruchen wir die Gauleiter, in ihren Gauen in diesem Sinne aufzuklären zu wirken.

Hier anschließend ein kleines Bild über die statistischen Erhebungen der Steinarbeiter von Hamburg I. Von 135 zahlenden Mitgliedern beteiligten sich 90 Kollegen an der Statistik. Das Durchschnittsalter der Kollegen beträgt 32 Jahre 9 Monate. Im Durchschnitt trifft auf den einzelnen eine Berufstätigkeit von 18 Jahren. Arbeitslos waren 55 Kollegen, eine erkleckliche Ziffer, indem doch nur 90 Verbandsmitglieder mit der Statistik in Frage kommen. Es ist deshalb erklärlich, wenn wir verlangen, daß die Verzeichnisse hier eingestellt werden.

Der Gesamtverdienst der 90 Kollegen beträgt 152 047.30 Mark, was einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 1689.42 Mark ergibt. Es wurden in 18 407 Tagen bei Tagelohnarbeit 128 500.56 Mark verdient. Das ist ein Durchschnittstageslohn von 6.98 Mark, gegen 6.87 Mark im vorigen Jahre. Im Afford wurden in 3574 Tagen 23 546.74 Mark verdient. Pro Tag macht das 6.59 Mark, gegen 7.44 Mark in der vorigen Berichtszeit. Der Höchstlohn betrug in 296 Tagen 2453.09 Mark, der niedrigste in 94 Tagen 686.45 Mark. Die einzelnen Jahresverdienste verteilen sich wie folgt:

Bis 700 Mk.	1 Kollege
von 700 bis 900 Mk.	1
„ 900 „ 1000 „	2 Kollegen
„ 1000 „ 1200 „	7
„ 1200 „ 1300 „	6
„ 1300 „ 1500 „	7
„ 1500 „ 1700 „	18
„ 1700 „ 1800 „	3
„ 1800 „ 1900 „	16
„ 1900 „ 2000 „	15
über 2000 Mk.	14

Drei Kollegen mußten Klagbar vorgehen, um ihren fauer verdienten Lohn hereinzubekommen.

Das wäre das wichtigste über die Hamburger Verhältnisse. Wie würde das Bild erst aussehen, wenn der Verband hier nicht schon lange bessernd auf unsere Verbandsangelegenheiten eingewirkt hätte. Demnächst begehen wir das 25jährige Jubiläum unsres Bestehens. Mit Stolz sind die hiesigen Mitglieder davon erfüllt, daß hier das Verbandsleben ein so rührges genannt werden kann. G. Sch.

Korrespondenzen

Alteiningen. Am 14. Oktober fand hier eine Steinarbeiterversammlung statt, in welcher alle hiesigen Steinarbeiter bis auf einen anwesend waren. Kollege Sarfert hielt einen sehr anregenden Vortrag über die Krise in unserm Beruf, deren Wirkungen, und was sollen wir daraus lernen. Die Kollegen folgten dem anderthalbstündigen Vortrag mit größter Aufmerksamkeit. Anschließend hieran gab der Kassierer die Quartalsabrechnung bekannt und wurde demselben Entlastung erteilt. Gauleiter Sarfert, welcher die Bücher revidierte, befandete, daß dieselben in bester Ordnung seien. An Stelle des zurückgetretenen 1. Vorsitzenden sollte Erich gewählt werden. Es fand sich jedoch keiner der Kollegen bereit, den Posten zu übernehmen und so wurde die Wahl bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Lobend anerkannt wurde von den Kollegen, daß von dem Zentralvorstand einem Kollegen 25 Mk. Unterstützung zugewiesen wurden, wegen einer Gerichtssache, die in engem Zusammenhang mit unsrer Bewegung stand. Zum Schluß ermahnte der Gauleiter Sarfert die Kollegen, fest und treu zum Verband zu halten zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, denn es stände, nach seiner Wahrnehmung, hier noch recht schlecht mit den Selben.

Beuthen. In der am 10. Oktober stattgehabten Versammlung wurde über die Mißstände auf Platz Rosenthal gesprochen. Es wird den Kollegen zugemutet, Arbeiten, welche sich sehr gut

nach Tarif berechnen lassen und an denen etwas zu verdienen ist, im Tagelohn zu machen. Die glatten Quadern sind dagegen im Afford anzufertigen. Dies wurde einstimmig abgelehnt. Ein böhmischer Kollege jedoch hält unsere Beschlüsse wahrscheinlich für unnötig, denn derselbe macht die angefangenen Werkstücke im Tagelohn fertig. Den vier Kollegen, welche aus Rügen in Westfalen zugereist sind und sich beim Gauleiter erkundigten, wurde mitgeteilt, daß hier 20 bis 30 Prozent mehr wie nach Bunzlauer Tarif bezahlt wird; das ist aber nicht der Fall. Als die Kollegen hier ankamen, hatten wir gerade eine Lohnbifferenz mit knapper Not beigelegt, und es hätte der Fall eintreten können, daß die vier Kollegen wieder abreisen mußten. Da sollte man mindestens vorsichtiger sein mit seiner Auskunft. Als Kassierer wurde, da der alte seinen Beruf als Steinmetz aufgegeben hat, Kollege Pfeiffa, welcher auch Vertrauensmann hier ist, gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde noch das Verhalten des Herrn Rosenthal kritisiert. Derselbe beschäftigt mit Vorliebe Ausländer, aber fordert einer seinen Lohn, so heißt es: „Ich lasse Sie ausweisen.“ Das ist die heutige Humanität des Kapitalismus.

Demitz-Thumitz. Am 11. Oktober fand in Stieglitz Gasthof in Neu-Schmölln eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, in welcher Genosse Robert Fischer-Dresden über: Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die Arbeiterklasse referierte. In leicht verständlicher Weise sprach Redner die gegenwärtige Krise, welche auf der gesamten Arbeiterschaft schwer lastet. Auch wurden die neuen Steuerpläne der Reichsregierung scharf unter die Lupe genommen und somit der Versammlung bewiesen, daß die Arbeiterschaft nicht nur von den Unternehmern ausgebeutet wird, sondern daß es auch die Regierung versteht, ihren Bedarf hauptsächlich aus den Taschen der Unbemittelten zu decken. Leider klangen diese aufklärenden Worte nur in wenig Ohren, da die Versammlung, verursacht durch die Rauheit und Gleichgültigkeit der hiesigen Kollegen, nur schwach besucht war. In der Diskussion wurde von einem Kolporteur der Parteipresse behauptet, daß ihm bei der Zeitungsagitation unsere Parteipresse von mehreren Arbeitern resp. dessen Frauen vor die Füße geworfen wurde. Bürgerliche Blätter wären in diesen Wohnungen aber zu finden. So lange es uns nicht gelingt, der Arbeiterpresse, welche einzig und allein die Interessen der Arbeiter rücksichtslos vertritt, Eingang in den Arbeiterwohnungen zu verschaffen, wird es schwer sein, die Arbeiter über ihre traurige Lage aufzuklären. Daß aber auch die hiesigen Unternehmer es zu verhindern suchen, unsere Kollegen über ihre trübseligen Verhältnisse aufzuklären, um nicht ihre willigen Ausbeutungsobjekte zu verlieren, beweist folgender Fall: Vor einiger Zeit kam ein Kollege an, welcher bei der Firma C. G. Kunath um Arbeit anfragte. Von einem Vertreter der Firma wurde ihm erklärt, daß er nicht eingestellt werden könne, da die Fremden alle organisiert seien, die Organisierten aber nur noch acht Stunden arbeiten wollten. Auch würden die hiesigen Arbeiter von den fremden Organisierten nur noch verfehlt. Kollegen, derartige Aussagen von seiten unsrer Unternehmer beweisen doch zur Genüge, wie notwendig ein Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation ist. Mit der Aufforderung unsres Vorsitzenden an die Anwesenden, das Gehörte zu beherzigen und mit aller Kraft die Ideen der modernen Arbeiterbewegung unter unsre indifferenten Kollegen zu verbreiten, damit es unsern vereinten Kräften bald gelingen möge, die Steinarbeiter von Demitz-Thumitz von dem Druck der Lohnsklaverei zu befreien, wurde die Versammlung geschlossen.

Landau. In der am 13. Oktober stattgefundenen Verhandlung vor dem königlichen Landgericht Landau (Pfalz) wurde der frühere Kassierer der Zählstelle Landau, Hermann Berg, wegen Unterschlagung von Verbandsbeiträgen in Höhe von 163.88 Mark, begangen im Jahre 1907, zu der sehr gelinden Gefängnisstrafe von 8 Tagen und Tragung der Kosten verurteilt. Dieses auffallend milde Urteil ist jedenfalls dem Umstande mit zuzuschreiben, daß die damaligen Revisoren die Quartalsabrechnung mit ihren Namen unterzeichneten, und damit auch einen Teil der Verantwortung übernommen hatten, welcher bei der Beurteilung des Strafmaßes zugunsten Bergs von den Richtern wesentlich in Betracht gezogen wurde. Auch im Hinblick auf das von Berg ins Feld geführte Moment, sich nur aus purer Not an diesen Geldern bergriffen zu haben, dürfte den Gerichtshof veranlaßt haben, ein für Berg günstiges Urteil zu fällen. Daß diese Angelegenheit schon im vorigen Jahre spielte und nicht zur Erledigung gebracht wurde, sei nur nebenbei noch erwähnt. Denn Berg war von 1903 an Kassierer, und gleich im 2. Quartal begangen schon die falschen Eintragungen.

Neustadt a. d. S. Am 11. Oktober fand in Königsbach eine Mitgliederversammlung statt, welche schlecht besucht war. Der Kassierer verlas den Kassenbericht vom 3. Quartal, wonach die Einnahmen 228.08 Mark, die Ausgaben 177.52 Mark betragen; Kassenbestand 53.56 Mark. Dem Kassierer wurde der Dank der Versammlung ausgesprochen. Hierauf ergriff unser Gauleiter, Kollege Sarfert, das Wort zu seinem Referat über: Die gegenwärtige Krise, ihre Wirkung, und was müssen die Steinarbeiter daraus lernen. Hierauf meldeten sich ein paar Kollegen, welche persönlicher Differenzen halber vor ein paar Jahren ausgetreten waren, wieder zum Verbands. Ein Kollege beschwerte sich darüber, daß eine Anzeige an die Gewerbeinspektion zur Kenntnis des betreffenden Unternehmers kam. Sarfert will den Fall untersuchen, denn man könne doch nicht annehmen, daß der Gewerbeinspektor das Amtsgeheimnis gebrochen habe. Hierauf schloß der 1. Vorsitzende die in guter Ordnung verlaufene Versammlung.

Unsen. Die Mitgliederversammlung am 11. Oktober war gut besucht. Als Schriftführer wurde Kollege Meher gewählt. Dann gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Im 3. Punkt gibt der Ortsstatistiker das Ergebnis der Statistik bekannt. Es beteiligten sich daran 48 Kollegen. Das Durchschnittsalter betrug 28 1/2 Jahre. Verheiratete sind 25. Es verdienen jährlich bis 700 Mk. 2, über 700—900 Mk. 14, über 900—1000 Mk. 6, über 1000 bis 1200 Mk. 16, über 1200—1300 Mk. 1, über 1300—1500 Mk. 8, über 1500—1700 Mk. 1. Zu Punkt 4 erhielt Kollege Sporleder-Osterwald das Wort. Er sprach über die Kulturentwicklung im allgemeinen. Redner wies auch auf die politische Organisation hin, sowie auf deren Wichtigkeit. Die Versammlung spendete dem Referenten lebhaften Beifall. Im Punkt Verschiedenes kamen die Differenzpunkte mit der Firma Mensing zur Sprache.

Literarisches.

Ein Kapitel aus dem Existenzkampf der Arbeiterorganisation im Baugewerbe. Soeben ist der stenographische Bericht über die Einigungsverhandlungen zwischen den Münchner Zweigvereinen der Zentralverbände der Maurer, baugewerblichen Hilfsarbeiter und Zimmerer und dem Arbeitgeberverbande, die am 9. und 10. März, sowie am 1., 2., 3. und 4. April 1908 in München vor dem Gewerbegericht stattfanden, erschienen. Die stänliche, 160 Seiten umfassende Broschüre, die wortgetreu den Gang dieser wichtigen Verhandlungen wiedergibt und daher für alle Organisationen wertvolles Material enthält, ist zum Preise von 1.35 Mk. vom Zentralverband der Maurer, Zweigverein München, Palmstraße 12, zu beziehen.

Steine, Vermessungskunde. (Verlagsbuchhandlung Wilhelm Snappe, Halle a. S.) Das Buch füllt in der geometrischen Literatur eine recht fühlbare Lücke aus. Der Verfasser hat die verschiedenen Vermessungsmethoden in gründlicher Weise zusammenfassend bearbeitet; jeder Kenner wird daran seine Freude haben. Für Schüler der Baugewerkschulen ist das Buch unentbehrlich.